# Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 269. Donnerstag den 16. November 1848.


**An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 16—22. (616—622.) Bogen des 21. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 281—284. Frankf. Bg. 336—338.**

## K. Breslau, 15. November.

Als wir unsern letzten Artikel schrieben, glaubten wir noch, es bedürfe der dringenden Mahnung an die Langsamen und die Zögerden über alle Bedenken und Erwägungen hinweg zu raschem Entschluß zu schreiten.

Nur Stunden liegen dazwischen und schon freuen wir uns der Ueberzeugung, daß wir Unrecht hatten, und daß es keiner Mahnung mehr bedarf.

Wie ein Sturm braust bereits der Geist des Rechtes und der Freiheit durchs Land, eine Stadt nach der andern erhebt sich, das Land steht auf und stündlich laufen neue Erklärungen ein, daß das Volk für seine Vertretung stehen und wenn es nöthig wird, kämpfen will.

Vielleicht ist schon in dem Augenblick, wo diese Zeilen gedruckt erscheinen, keine Stadt, kein Wahlbezirk mehr in Schlesien, welcher nicht das heilige Gelübde laut abgelegt hat.

Nicht eine Partei, das Land hat sich erhoben. Das gesetzliche Land in den Vertretern der Kommunen hat erklärt und erklärt noch immer aufs Neue, daß es in der National-Versammlung Recht und Gesetz und Freiheit, in den aufgedrungenen Ministern aber die Gesetzlosigkeit und Willkürherrschaft repräsentirt findet.

Das Ministerium Manteuffel hat von dem einstimmigen Mißtrauen der National-Versammlung an das Vertrauen des Landes appellirt. Das Land hat mit der einstimmigen Erklärung seines Mißtrauens geantwortet, es hat sich losgesagt von den Ministern.

Nun geht es zu Ende mit den Phrasen von Wiederherstellung der Ordnung, vom Schutze der Freiheit. Das Land desavouirt die sogenannte Ordnung der Minister und nennt sie Gesetzlosigkeit, das Land verwirft den Schutz seiner Freiheit, welchen ihm die Minister versprechen, und nennt ihn Gewalt.

Wenn das Gesetz der ordnungsmäßig ausgesprochene Wille des Volkes, wenn die Freiheit dessen Selbstbestimmung durch seine freigewählten Vertreter ist, so muß das Ministerium auch in seiner Sprache die Maske abwerfen. Es muß dem Land sagen: „Nicht dem Gesetz, sondern unserm Willen müßt ihr euch beugen. Ihr wollt uns nicht, aber wir werden doch nicht gehen, wir werden uns euch aufzwingen. Wir können nicht bestehen mit dem Gesetz und Freiheit, aber wir wollen bestehen trotz euch und stützen uns deshalb auf Willkür und Gewalt." Nun wollen wir doch sehen, ob ihre Hand nicht beben, ob ihre Zunge nicht erlahmen wird, wenn sie in der offenen Sprache der Willkür zu reden und zu schreiben gezwungen sind. Nun wollen wir doch sehen, ob nicht ein allgemeiner Schrei der Verdammung durch die civilisirte Welt gehen und eine solche Sprache ersticken wird. Nun wollen wir doch sehen, ob das Ministerium noch Diener finden wird, die zu solchen Diensten ihren Arm leihen.

Wir glauben noch an die Gerechtigkeit in der Geschichte, wir glauben noch an die Stimme der Ehre und der Sittlichkeit in der Menschenbrust, und darum wissen wir, daß dieses Ministerium fallen muß und fallen wird, selbst wenn kein Schwertstreich gegen dasselbe geführt wird. Es steht allein unter dem Schutze der Bajonnette und Kanonen, aber nur die Menschenhand setzt diese in Bewegung und Menschen können nicht dauernd willen- und herzlose Maschinen sein.

## Preußen.

### Telegraphische Depesche.

**Der Minister des Innern an den Ober-Präsidenten Pinder in Breslau.**

**Die Entwaffnung der Bürgerwehr hat heute 9 Uhr Morgens begonnen; die Ablieferung der Waffen ist bis heut ohne Störung erfolgt.**

**Berlin, den 15. November, Mittags 1 Uhr.**

(Gez.) **v. Manteuffel.**

---

**Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.**

(Sitzung vom 14. November, gehalten im Saale des Kölnischen Rathhauses.)

Präsident v. Unruh eröffnet die Sitzung um $1\frac{1}{2}$ Uhr. Der Namensaufruf ergiebt, daß 238 Mitglieder anwesend sind. Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung fragt Abgeordneter Dane: Ob der Regierung von dem heutigen Sitzungslokale Anzeige gemacht sei, damit die Berathungen nicht den Schein der Heimlichkeit hätten? Schulze (Wanzleben) protestirt gegen jeden Verkehr mit einem Ministerium, welches die Volksvertreter mit brutaler Gewalt aus einem Lokale in das andere treibe. — Der Präsident berichtet: Das Militär habe heute dieses dem Gemeindevorstande von Berlin gehörige Lokal besetzt gehalten. Als der Stadtverordneten-Vorsteher Seidel gefragt habe, wie man dazu komme, das Sitzungslokal der Stadtverordneten militärisch zu besetzen, erwiderte der kommandirende Offizier, einer Sitzung der Stadtverordneten stehe nichts im Wege. Nachdem hierauf die Stadtverordneten ihre Sitzung abgehalten, habe Herr Seidel auf ausdrückliche Veranlassung des Präsidenten dem Kommandanten v. Thümen die Anzeige gemacht, daß die Stadtverordneten-Versammlung ihrem früherem Erbieten gemäß, der Nationalversammlung ihr Sitzungslokal überlassen habe. — Das über das gestrige Eindringen des Militärs in's Schützenhaus aufgenommene Protokoll wird verlesen. Plönnies und Schneider bemerken: **Zur Ehre unserer Söhne und Brüder im Heere dürfe nicht verschwiegen werden, daß die Offiziere und die Soldaten, welche zu dem Attentat Befehl hatten, selbst von Scham erfüllt waren. Die vor der Thür aufgestellten Soldaten hätten wie die Kinder geweint.** — Zorn (vom Urlaub eben zurückgekehrt) erklärt sich mit allen bisherigen Beschlüssen einverstanden. — Präsident v. Unruh: Die Versammlung hat beschlossen, sich an jedem Orte zu versammeln, wohin der Präsident sie beruft. Seitdem wir aus unserm ursprünglichen Sitzungslokal vertrieben sind, hat die gesetzlose Willkür zum zweiten Male die brutale Gewalt gegen uns angewendet. **Ich betrachte, so lange diese Gewalt hier herrscht, die heutige Sitzung als die letzte. Ich bitte Sie, sämmtlich in Berlin zu verlleiben, um sich im geeigneten Augenblick zu konstituiren.** Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheint es mir der Würde dieser Versammlung und des Landes zuwider, die Sitzungen fortzusetzen. **Gleichzeitig geht mir die Meldung zu, daß abermals Militär im Anmarsch ist, um uns zu vertreiben.** (Allgemeiner Ruf: Wir bleiben hier!) Waldeck: Der Herr Präsident hat ganz richtig gesagt, wir müssen zusammenhalten; aber wenn wir zusammenhalten sollen, so müssen wir auch zusammenkommen. Es ist unsere Pflicht, nicht vom Platze zu weichen. So oft uns ein Lokal genommen ist, müssen wir ein neues suchen. Täglich müssen wir, trotz aller Gewalt, zusammenzukommen suchen. v. Unruh erklärt sich mit Allem, was die Versammlung in dieser Beziehung beschließen werde, einverstanden. Bei Allem, was uns heilig ist, bei der Liebe zum Vaterlande verlasse Niemand diese Stadt! (Bravo.) Auf Schulz's (Minden) Antrag erklärt die Versammlung einstimmig ihre Genehmigung zu den in den letzten Tagen gefaßten Beschlüssen. Präsident schlägt vor, eine Erklärung an das Land zu erlassen über die Gründe, ans welchen die Sitzungen abgebrochen werden sollen. Waldeck: Es bedarf keiner Erklärung. Was wir verhandeln, was hier vorgeht, geschieht öffentlich, soweit es der Raum gestattet. Alles kommt zur Kenntniß des Landes und **die Ueberzeugung, daß wir in dieser Krisis die einzige gesetzgebende und beschließende Gewalt sind, hat das Land bereits ausgesprochen.** — Präsident v. Unruh: Eine dringende Angelegenheit liegt vor. Es wird mir die Anzeige gemacht, daß der Abgeordnete Schramm (für Striegau) gestern Abend verhaftet sei. Es soll dies geschehen sein, weil er ein Plakat in den Händen hatte, das an die Soldaten gerichtet war. Ein Plakatenträger soll es ihm auf der Straße übergeben haben. Ein Offizier sei herangetreten mit der Frage: was das sei? Hr. Schramm soll dem Offizier das Plakat mit den Worten übergeben haben: wenn ihn der Inhalt interessire, so möge er es lesen. Der Offizier habe hierauf seine Verhaftung bewirkt. Ich habe mich sofort an den General v. Wrangel gewandt und auf Grund der bestehenden Gesetze die Freilassung des Abgeordneten verlangt. Bis jetzt bin ich noch ohne Antwort. — Zenker: nach § 3 des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit der Abgeordneten muß die Freilassung eines verhafteten Abgeordneten, wenn die Versammlung es verlangt, sofort erfolgen. Ich beantrage: hierüber zu beschließen und die Freilassung zu verfügen. — Wird ohne Diskussion beschlossen. — Elsner erstattet Bericht über die neu eingegangenen Zustimmungs-Adressen. — Es sind deren über 100, namentlich auch von den Magistraten und Stadtverordneten-Versammlungen vieler Orte, unter Andern von Frankfurt, Brandenburg, Landsberg a./W. u. s. w. Auch von den Gemeinderäthen der Städte Köln und Düsseldorf. Der Präsident fügt hinzu: es seien Deputationen angelangt von vielen Orten, namentlich von Köln, Rathenow, Stettin und Potsdam. Die Bauerschaft der Gegend von Oschersleben und Neuhaldensleben, einer Gegend, die völlig frei geblieben sei von aller Wühlerei, habe eine Anzahl Landleute hergeschickt, mit dem Auftrage, zweierlei zu erklären: **sie würden erstlich keinen Groschen Steuern mehr bezahlen, bevor nicht ein neues volksthümliches Ministerium vorhanden sei; sodann fordern sie, wie sie sagen, ihre Kinder zurück. Sie hätten sie in das Heer treten lassen als Soldaten, nicht als Mörder. (Allgem. Beifall.)** — Bergmann überreicht eine Adresse „der Bevölkerung des uralten Stammlandes von Brandenburg," von der Stadt Salzwedel. — Es wird noch mitgetheilt, daß Grün mit 163 Stimmen zum Sekretär, und Schulz (Minden) mit 105 Stimmen, Moritz mit 68 Stimmen zu Stellvertretern gewählt sind. — Phillips überreicht eine Adresse aus Elbing; Parrisius giebt eine Erklärung für Naumburg ab. Walter zeigt schriftlich an: er habe sich hieherbegeben, er könne sich jedoch

nach sorgfältiger Erwägung aller Gründe nicht entschließen, an den Berathungen Theil zu nehmen. — Ein dissentirendes Votum von Seidel und Dielitz gegen den Beschluß vom 12. November wird verlesen: die Versammlung, welche der Krone das Recht abgesprochen habe, den Sitz der Berathungen zu verlegen, dürfe auch ihrerseits ein solches Recht nicht in Anspruch nehmen. — Präsident macht Mittheilungen über den Ertrag der von der Redaktion der National-Zeitung veranlaßten Subscription. Auch von andern Seiten seien Geldmittel zur Verfügung gestellt; unter Andern von dem früheren Abgeordneten Zacharias 2000 Rthlr. Da die erforderlichen Mittel von Mitgliedern der Versammlung vorläufig beschafft seien, so habe er jene Geldsummen einstweilen abgelehnt. — Moritz beantragt: für den znm Justiz-Minister beförderten Abgeordneten Rintelen (Meschede) die Neuwahl zu veranlassen. — Berends beantragt: den Bericht der Commission über die Steuer-Verweigerung jetzt vorzunehmen. Reuter: die Commission habe sich leider mit 5 gegen 3 Stimmen für Ablehnung des Antrages ausgesprochen; er beantragt sofortige Diskussion. Rettig: die Versammlung sei jetzt zu aufgeregt; man möge sich hüten, die Rechtsordnung zu durchbrechen (Unruhe); man möge die Einigkeit der Versammlung nicht stören. Waldeck: wir sind einig und werden immer einiger werden. Sie haben gehört, was einfache Landleute gesagt haben. Es versteht sich ganz von selbst, daß einem hochverrätherischen Ministerium keine Steuern gezahlt werden. Es bedarf keines Beschlusses von uns, nur einer Erklärung für die Schwachen. — Beschlossen: die Berathung bis morgen auszusetzen. (Schluß 3¼ Uhr.)

□ **Berlin**, 14. Novbr. Mittags. [Tagesbericht.] Die endliche Lösung der sich immer eigenthümlicher gestaltenden Verwirrung unserer Zustände wird heute ziemlich allgemein erwartet. Man glaubt zu dieser Erwartung hauptsächlich durch die Erklärung des Generals v. Wrangel: daß Jeder, der verrätherische Einwirkungen auf das Militär versuchen wird, vor ein Kriegsgericht gestellt werden solle; ferner durch die Erklärung des Kommandanten v. Thümen, daß den Patrouillen der Gebrauch der Schußwaffe gegen die Attroupements zur Pflicht gemacht sei. Ein großer Theil unserer Bevölkerung glaubt indeß nicht mehr an die Energie der Militärgewalt. Wir wissen, daß die Militärdisziplin total gelockert ist; wir haben es gestern mehrfach erlebt, daß Soldaten zum Einschreiten gegen eine Volksgruppe aufgefordert, Gewehr bei Fuß nahmen und, nicht selten lachend, stehen blieben. Gestern Abend hatten sich Hunderte, trotz der Wrangelschen Belagerungs-Plakate, vor dem Schlosse unter den Fenstern des Oberbefehlshabers der Marken gesammelt. Ein Offizier mit einem Schützenpiket rückte an. Das Volk stand. Er kommandirte zum Laden, und die Soldaten standen. Es blieb dem rathlosen Manne nichts übrig, als mit seinen Leuten in das Schloß zurückzukehren, wohin ihnen ein jubelnder Hurrahruf der Menge folgte. — Nichtsdestoweniger halten wir eine blutige Lösung für möglich. Bis Nachmittags 5 Uhr sollen die Waffen abgeliefert werden. Niemand denkt daran, diese Nachfrist zu benutzen. Ein Theil läßt es darauf ankommen, daß man die Gewehre einzeln aus den Häusern hole, ein anderer Theil wird sich auch der Abholung widersetzen. Dies wird, wenn die Gewalt bis zum Aeußersten kommt, endlich den passiven Widerstand in einen aktiven verwandeln. Es scheint in der That, als wolle man nun endlich einen Konflikt herbeiführen. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß aus verschiedenen, von Militär besetzten Gebäuden heut Abend blinde Schüsse auf das Volk fallen werden. Das Volk ist indeß gewarnt und wird sich durch blinde Schüsse nicht zur Aggressive verleiten lassen. — Unter den zahllosen Deputationen, die hier angelangt sind, zieht eine Bauern-Deputation aus der sogenannten Böhrde, einem reichen Bruchlande im Magdeburgischen, vorzüglich die Aufmerksamkeit auf sich. Die Leute sind hier, nicht nur um den Ministern zu erklären, daß während der Dauer des gegenwärtigen Regiments ihre Bauerschaft keine Steuer mehr zahlen werde, sondern auch, um ihre unter den hiesigen Truppen stehenden Söhne zurückzufordern. Viele Leute wissen von der rührend naiven Ansprache dieser Väter an ihre Söhne zu erzählen. — Eine aus 21 Mitgliedern bestehende Deputation der Stettiner Bürgerschaft hat sich heute nach Potsdam begeben. Sie haben bei der Abreise erklärt, daß sie jedes Mittel versuchen werden, eine Audienz beim Könige zu erlangen. — Der König, der gestern unter Gardekorpsbedeckung von Sanssouci sich in das Schloß zu Potsdam begeben hat, ist heut wieder nach Sanssouci zurückgekehrt. Die Potsdamer Bürgerwehr hat Sanssouci schützend umstellt. Die Verhältnisse in Potsdam sind der Art, daß wenigstens an ein Herausziehen dortiger Truppen gegen Berlin nicht gedacht werden darf. — Es ist viel die Rede von einem Protest des Prinzen von Preußen gegen die Maßnahmen der Regierung. Das Volk beschäftigt sich viel mit einer Unterredung zwischen dem Könige und dem Prinzen. Die Rathschläge des Letzteren sollen mit der Bemerkung zurückgewiesen worden: „Ich weiß, was ich zu thun und was ich von Ihnen zu denken habe. Noch giebt es keine Prätendenten in Preußen." — Noch wird der schwache Schein der Legalität gegen die National-Versammlung beizubehalten gesucht, wenn man von der offenen Verletzung des Hausrechts u. s. w. absieht. Man sucht Verhaftsbefehle bei den Gerichten nach, die natürlich die Ertheilung derselben entschieden ablehnen. Diese Maßregel ist gegen den Präsidenten v. Unruh und noch 16 andere Mitglieder der constituirenden Versammlung im Werke. Es ist ein vollständiger Bruch im ganzen Staats-Organismus vorhanden. Auf der einen Seite das Ministerium und der General Wrangel mit der Armee, auf der anderen das Volk, die National-Versammlung und die gesetzlichen Autoritäten. Es steht Gewalt gegen Recht, Contrerevolution gegen Legalität. — Welche Wirkung die Suspension von 8 Tageblättern hat, ist noch nicht abzusehen. Die Reform und die Zeitungshalle werden freilich der Gewalt weichen müssen, da sie zwar gedruckt werden könnten, aber eine militärische Beschlagnahme zu befürchten haben. Kleinere Blätter wissen sich bis zur Ausgabe dem Herrn v. Wrangel zu entziehen und werden nichtsdestoweniger erscheinen. Herr von Wrangel scheint dazu berufen, den letzten Rest von Ansehen, welchen die mehrmonatlichen Konflikte zwischen dem Volk und der Staatsgewalt der letzteren übrig gelassen haben, vollends zu vernichten. Er verbietet, nicht mehr als zu 10 resp. 20 auf den Straßen zusammenzustehen, und zu Hunderten sammelt sich das Volk unter seinen eigenen Fenstern. Er verbietet die Klubbs, und ein großes Plakat des Assessor Wache erläßt an ihn die Einladung, den Berathungen des Bürgerwehr-Klubbs beizuwohnen. Er führt die Polizei-Censur ein, kein Mensch kehrt sich daran, und wer sich bei der Polizei über die neue Organisation der Censur unterrichten will, erhält den Bescheid: der Polizeipräsident denke gar nicht daran, Censur üben zu wollen. Herr v. Wrangel hat den Belagerungszustand zu einer Farce gemacht, von deren Lächerlichkeit man außerhalb Berlins keine Ahnung haben kann. Wie tragisch sich auch der Ausgang dieser Posse noch gestalten möge, Herr v. Wrangel hat durch sein bisheriges Gebahren sich selbst ein Brandmal der Lächerlichkeit aufgedrückt, das auch Ströme vergossenen Bluts nicht mehr abwaschen werden. — Es wird versichert, der Gesandte der Vereinigten Staaten Amerika's habe nach dem Einrücken der Truppen unter Herrn v. Wrangel seiner Regierung berichtet: er sei bisher stolz darauf gewesen, der Repräsentant des freiesten und intelligentesten Volkes zu sein, allein die Haltung der Berliner Bevölkerung gegenüber einer gesetzlichen Willkürmacht habe ihu zur Bewunderung hingerissen. Und ein solches Volk mit seinem Leben und seiner Freiheit hat man den Händen eines Wrangel anvertraut! —

□ **Berlin**, 14. Novbr. Nachmittags 3½ Uhr. [Tagesbericht.] Berlin behält das Aussehen der letzten Zeit, nur die vielen Uniformen lassen den Belagerungszustand errathen. Man ist auf Nachrichten aus den Provinzen ungemein gespannt; wie es scheint, hat gerade die sehr verschriene Hauptstadt Pommerns, Stettin, die entschiedenste Haltung angenommen. Fortwährend treffen von dort aus Deputationen ein, die sich dem Ministerium gegenüber energisch für die Nationalversammlung erklären. — Aus sehr guter Quelle erfahren wir, daß das Oberlandesgericht zu Halberstadt die Kassen mit Beschlag belegt und erklärt habe, daß es auf Requisition des gegenwärtigen Ministerii keine Zahlungen werde leisten lassen. Die Regierungsbeamten in Magdeburg haben den Oberpräsidenten v. Bonin zu erklären gezwungen, daß er aus dem nach Magdeburg transportirten Staatsschatz ohne Genehmigung der National-Versammlung oder eines neuen Ministerii Nichts werde verabfolgen lassen. — So scheinen denn auch die Behörden in den Provinzen sich für die National-Versammlung zu erklären. — Von dem Stadtrath Sternberg (einem Mitgliede der Stettiner Deputation an das Staatsministerium) erzählt man folgende Aeußerung, die er dem Minister Brandenburg gegenüber gethan haben soll: „Wenn Ew. Excellenz der Provinz Pommern die Wahl lassen zwischen der gegenwärtigen Regierung und einer republikanischen Regierungsform, so wird sie sich unstreitig in ihrer großen Majorität für die Republik entscheiden." — Wir geben diese Aeußerung, wie man sie uns hinterbracht. In der gegenwärtigen Zeit gewährt Alles einen Beitrag zur Charakteristik der Zustände. — Herrn Bassermann sollen von verschiedenen seiner hiesigen Freunde ernsthafte Vorstellungen gemacht worden sein, und er soll versprochen haben, seinen ganzen Einfluß in Potsdam aufzubieten, um die Krone zum Nachgeben zu bewegen. Die Unterredung, welche nach der Neuen Preuß. Ztg. zwischen Herrn Bassermann und Herrn v. Unruh stattgefunden haben soll, ist, wie wir aus unmittelbarster Quelle versichern können, eine alberne Erfindung jener Zeitung. — In der heutigen Sitzung der National-Versammlung nahmen die Herren Assessor Junker für den ausgeschiedenen Archivrath Riedel, Dr. Wöniger für den geh. Rath Jonas und Herr Rüdiger für den Pastor Rehfeld an den Verhandlungen Theil. — Herr v. Bardeleben, dessen Eintritt gleichfalls erwartet wurde, kann deshalb nicht erscheinen, weil die Wahlakten auf eine seltsame Weise spurlos aus dem Archive der Nationalversammlung verschwunden sind. Bekanntlich waren gegen diese Wahl sehr erhebliche Bedenken geltend gemacht worden.

6 Uhr Abends. — Der General Wrangel läßt so eben unter Trommelschlag das Martialgesetz gegen verrätherische Unternehmungen zur Verleitung des Militairs publiciren. — Die Waffen sind von der Bürgerwehr nicht abgegeben worden. Von einer gewaltsamen Entwaffnung hört man nichts. — Ein von den Schriftstellern Ludwig Buhl, May und Stein unterzeichneter Maueranschlag fordert auf zu einer Besprechung im Klubbhause über die gegen das Ministerium Brandenburg und seine Gewaltstreiche zu ergreifenden Mittel. Eben so der konstitutionelle Klubb durch ein gedrucktes Plakat. — In der für die Nationalversammlung errichteten Buchdruckerei sind die stenographischen Berichte über die Verhandlung vom 9. Nov. heute erschienen; auch die Denkschrift über die Anklage gegen das Ministerium ist gedruckt vertheilt. — Nachdem die Abgeordneten heute das Kölnische Rathhaus verlassen hatten, erschien der Major Bielefeld mit Soldaten und forderte den allein zurückgebliebenen Präsidenten v. Unruh auf, den Saal zu verlassen; Herr v. U. erklärte: sein Geschäft als Präsident sei jetzt beendet, er weile nur noch als Privatmann hier; als solcher wolle er ihm und denen, die ihn gesandt hätten, den Rath ertheilen, daß sie das Hausrecht respektiren und die Habeas-Corpus-Acte nicht verletzen mögen. — Als gestern der Vicepräsident Plönnis und die Secretaire Schneider und Hildenhagen gewaltsam aus dem Saale des Schützenhauses entfernt wurden, äußerte ein anwesender Stabsoffizier zu der entrüsteten Umgebung: „Meine Herren, die Camarilla lauert auf den Augenblick, in welchem der erste Schuß aus dem Volke fällt. Um Alles in der Welt, sorgen Sie dafür, daß ihr dieser Triumph nicht bereitet werde!"

**Berlin**, 14. Novbr. [Die Stadtverordneten petitioniren bei Wrangel. — Die Stadtverordnen- und die National-Versammlung. — Die Waffen sind noch nicht abgeliefert.] Trotzdem Gewalt auf Gewalt gehäuft wird, trotzdem man von gewissen Seiten mit aller Kraft einen Zusammenstoß provoziren möchte, ist die Haltung der Stadt eine durchaus ruhige und auch bis jetzt durch keinen Zwischenfall gestört worden. Die National-Versammlung wollte sich heute früh 11 Uhr im Lokale der hiesigen Stadtverordneten versammeln, das Haus war aber ringsum der Art von Truppen umstellt, daß nur die Stadtverordneten, die ebenfalls Sitzung halten wollten, mit ihren Amtszeichen versehen, durchpassiren konnten, und die einzelnen Abgeordneten wurden zurückgewiesen. — Die Stadtverordneten legten gegen diese Umstellung ihres Saales in so weit Protest ein, als sie dem kommandirenden Offizier die Frage stellten, ob er einen Auftrag habe, die Sitzung der Stadtverordneten zu stören? Derselbe antwortete, daß sein Befehl nur gegen die Abgeordneten gerichtet sei. Es wurde darauf erklärt, daß jetzt die Stadtverordneten und nicht die Nationalversammlung Sitzung habe, worauf das Militär abzog. — In Beziehung auf die gestrige Bekanntmachung des General von Thümen, daß das Militär bei etwaigen Attroupements sofort von der Schußwaffe Gebrauch machen solle, haben die Stadtverordneten beschlossen, folgende Ansprache an die Berliner zu erlassen:

Mitbürger!

Seit dem Belagerungszustande unserer Stadt haben wir unsere Sitzungen für permanent erklärt, damit Ihr jederzeit die Stimme Eurer Vertreter hören könnt. Wir haben bisher nicht vermocht, die Rücknahme jener Maßregel zu bewirken. Sie besteht darin, daß der Kriegszustand ausgesprochen und der kommandirende General der alleinige Befehlshaber in der Stadt ist. In dieser Lage gelten seine Anordnungen als Befehle, deren Gültigkeit er allein zu vertreten hat.

Ihr kennt sein Verbot gegen Zusammenläufe. Mit Rücksicht darauf richten wir an Euch Eltern, Vormünder, Lehrer, Lehrherren und Meister die dringende Bitte:

Eure Kinder, Schüler, Lehrlinge und wer Euch sonst untergeben ist, von muthwilligen Zusammenläufen abzuhalten,

Wir beschwören Euch, „mit der National-Versammlung", wirke Jeder in seinem Kreise mit aller moralischen Kraft dahin, daß jede Veranlassung zur Ausführung der angedrohten militärischen Maßregel vermieden werde.

Berlin, den 14. November 1848.

Stadtverordnete zu Berlin.

Von dieser Ansprache ist der General Wrangel und der Kommandant v. Thümen, durch Deputation der Stadtverordneten in Kenntniß gesetzt worden, mit

der Bitte, die angedrohte Vollziehung des obengenannten Befehls bis zur Publikation der obigen Ansprache zu verschieben. Wrangel, der sein Hauptquartier im königlichen Schlosse aufgeschlagen hat, wollte die Deputation nicht vorlassen, erst nachdem die Deputation dem General durch den Adjutanten sagen ließ, er möge bedenken, welchen Eindruck es bei der ohnehin so aufgeregten Bevölkerung Berlins machen müsse, wenn die in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten ernannte Deputation auch in der öffentlichen Sitzung erklären müsse, sie sei nicht empfangen worden, wurde die Deputation vorgelassen. Herr Wrangel wurde aber wüthend, als er in der Ansprache die Worte: mit der National-Versammlung, fand und erklärte unumwunden, daß er nur dann auf ihr Ansuchen Rücksicht nehmen werde, wenn diese Worte gestrichen werden. — Die Deputation kehrte mit dieser Antwort zurück, und um nicht größeres Unglück herbeizuführen, genehmigte die Versammlung, die Streichung der Worte. — Gegen 1 Uhr erschien der Präsident der National-Versammlung v. Unruh in der Stadtverordneten-Versammlung, und ersuchte den Vorsteher, der National-Versammlung jetzt das offerirte Lokal abzutreten. Dieser war sofort dazu bereit, hatte aber nur das Bedenken, daß es den Anschein haben könne, als ob die National-Versammlung heimlich Sitzung halten wolle, da dem Offizier vorher amtlich mitgetheilt sei, daß keine Abgeordneten-Versammlung stattfinde. v. Unruh erklärte, daß es unter der Würde der Vertreter des preußischen Volkes sei, heimlich zu tagen, und er ersuche daher, dem Kommandanten von Berlin mitzutheilen, daß die Sitzung der Stadtverordneten jetzt zu Ende sei, und daß die Stadtverordneten-Versammlung keine Veranlassung habe, ihr der National-Versammlung gemachtes Anerbieten zurückzunehmen. — Um 1 Uhr begann auch wirklich die Sitzung der Abgeordneten. Was darin vorgegangen, wird der spezielle Bericht deutlich ausweisen. — Die hiesige Schützengilde hat gegen den Oberst Sommerfeldt, der gestern die Versammlung sprengte, beim Staatsanwalt wegen Verletzung des Hausrechts durch Gewalt denuzirt, und der National-Versammlung wiederholt ihr Lokal angetragen. — Der verlängerte Termin zur Ablieferung der Waffen der Bürgerwehr ist eben so ohne alle Wirkung verstrichen, wie der erste und von morgen an, wird die Abnahme der Waffen **mit Gewalt** erfolgen. Die Straßen werden einzeln cernirt und alsdann die Häuser von den Soldaten durchsucht werden. So treibt man die Erbitterung des Volks von Minute zu Minute auf die höchste Spitze — doch wehe! wenn sie den Siedepunkt erreicht hat. Noch zweifelt man nicht ganz an eine friedliche Lösung, diese unglückliche Knechtung alles Friedens und politischer Wohlfahrt — ja, man will heut Abend mit Bestimmtheit wissen, daß schon morgen ein anderes Ministerium eintreten soll. Gebe Gott, daß dem so ist. — Grabow soll heute wieder Audienz beim Könige mit einem günstigen Erfolge gehabt haben.

§§ **Berlin,** 14. November. [Die Zustände haben sich noch nicht wesentlich geändert. — Die Steuerverweigerungsfrage soll morgen diskutirt werden.] Die Lage der Dinge ist bis heute nicht verändert. Thatsachen kann ich Ihnen wenig mittheilen, man erzählt sich Vieles von den Vorgängen in der Armee, in Potsdam u. s. w., was aber so sehr dem Bereiche der Gerüchte angehört, daß ich darauf verzichte es zu wiederholen. Obwohl die Stadt in Belagerungszustand erklärt ist, so ist davon im Allgemeinen wohl wenig zu sehen. Auf den Straßen und Plätzen finden fortwährend Zusammenrottungen von Volkshaufen statt, welche die Vorgänge des Tages, theilweise auf sehr leidenschaftliche Weise, diskutiren. Den anrückenden Patrouillen wird momentan Platz gemacht, hinter ihnen bilden sich aber die Gruppen von Neuem. Es ist auch dies ein Moment des passiven Widerstandes, welchen unsere Bevölkerung mit unerhörter Ausdauer den Gewaltstreichen des Ministeriums entgegenstellt. Freilich ist mit Beziehung darauf eine **Proklamation des General Thümen erschienen, welche die Soldaten ermächtigt von ihrer Schußwaffe in ganzem Umfange Gebrauch zu machen. Und dieser Umstand ist es, welcher jetzt am meisten zu der Besorgniß Anlaß giebt, daß der Kampf zwischen Volk und Militär ausbrechen möchte, ein Kampf, in dem die gerechte Sache schwerlich den Sieg erringen würde.** Die Stimmnng der Gemüther ist eine so aufgeregte, wie sie seit den Märztagen nicht dagewesen ist; ja, diese Aufregung ist vielleicht noch viel nachhaltiger, indem die politische Unklarheit von damals einem bestimmteren politischen Bewußtsein gewichen ist. Die Machthaber täuschen sich daher sehr arg, wenn sie meinen, der „gutgesinnte" Bürger sei mit ihrem Regiment einverstanden, die Zeit ist vielleicht nicht fern, wo man ihnen das Gegentheil beweisen wird. Aber bedarf es denn erst solcher Beweise, ist nicht die öffentliche Meinung aus vielfachen Symptomen wahrzunehmen? Man will aber nicht sehen. Man hat beschlossen, blind zu sein, um jeden Preis zu regieren, auch gegen den Willen der Majorität der Nation. — **Auf so schwachen Füßen steht indessen diese Herrschaft, daß man trotz der 50,000 Bajonnette nicht einmal den Muth hatte, die Bahn des Absolutismus mit Energie zu verfolgen.** Beweise hiervon sind mannigfach zu finden. Ich erinnere nur an die Nationalversammlung, die man vertagt, belagert und durch die Stadt hindurch von einem Orte zum andern verfolgt. Wollte man konsequent sein, betrachtet man jene 250 Volksvertreter wirklich als „Rebellen gegen die Befehle des Königs", so mußte man sie sofort verhaften. Man hat es nicht gethan: trotz aller Proklamationen, welche man gegen „einen Theil" (!) der Abgeordneten schleudert, **bleibt der „Klubb Unruh" dennoch die preußische Nationalversammlung,** welche Beschlüsse faßt, Manifeste erläßt und diese öffentlich neben die des General Wrangel anschlagen läßt. Ja, obgleich die Nationalversammlung die Minister wiederholt als Hochverräther bezeichnet, und gegen sie als solche den Prozeß eingeleitet, so hat man es noch nicht gewagt, ihr in gleicher Weise zu antworten, so sehr hindert sie ihr belastetes Gewissen als Ankläger aufzutreten. Noch mehr! um scheinbar die Versammlung aufzuheben, benutzt man den Augenblick, wo das Präsidium im Saale allein zurückgeblieben ist, dieselbe in Pleno zu sprengen, dazu hat man nicht Entschlossenheit genug gehabt. Vielleicht ist der Grund davon in der Stimmung der Soldaten zu suchen. Denn auch diese abgehärteten Leute haben gestern bei der Fortführung des Vicepräsidenten Plönnis Thränen vergossen, und wer weiß, was geschehen möchte, wenn man sie kommandirte, die Versammlung in Pleno auseinander zu sprengen. Vielleicht kommt es aber noch, denn nach und nach gewöhnen sich die Gewaltherren auch an das Unerhörteste. Aber das Land wird hoffentlich nicht ruhig zusehen, daß die Personen seiner Vertreter fortwährend von Bajonnetten bedroht werden. Die Provinzen, welche so laut ihre Stimme erhoben haben, als einzelne Abgeordnete mit beleidigenden Redensarten von unverständigen Leuten verunglimpft worden, werden dann gewiß nicht schweigen, wenn die gesammte Volksvertretung von denen, die dazu bezahlt sind, Personen, Eigenthum und Gesetz zu schützen, durch gewaltsame Angriffe gefährdet wird. — Auch morgen wird die Versammlung ihre Sitzung im kölnischen Rathhause abhalten, wofern dasselbe nicht für den ganzen Tag cernirt wird, was sehr leicht möglich wäre. **Nur noch ein einziger Gegenstand soll berathen werden, ehe die Versammlung sich auf einige Tage vertagt, — nämlich die Steuerverweigerung.** Bekanntlich wollte die Rechte bisher gar nicht darauf eingehen, und drohte fortzugehen, falls man dabei beharrte. Heute endlich hat sie in soweit nachgegeben, als sie eingewilligt hat, daß der Gegenstand in der nächsten Sitzung zur Berathung kommen und alsdann durch Majoritätsbeschluß entschieden werde. Diese Berathung wird aber auch morgen noch nicht stattfinden, falls nicht heute Abend in der Kommission die Majorität sich für die Verweigerung der Steuer entscheidet. Am Sonntag nämlich hatten sich nur 3 Mitglieder der Kommission dafür, und 5 dagegen ausgesprochen, heute waren es bereits 4 gegen 4, so daß also noch 1 Stimme fehlt, um die Sache in das Plenum zu bringen. — 50 Mitglieder des Hotel de Russie haben sich heut geweigert in das wegen Absperrung des Rathhauses zum Sitzungslokal erwählte königstädtische Casino in der Kaiserstraße zu begeben, weil man ihnen gesagt hatte, so **wie die Versammlung dort beisammen wäre, würden Barrikaden um sie herum gebaut und sie von den Proletariern gezwungen werden, sich als Konvent zu konstituiren;** ein Gerücht, welches durchaus jedweder Begründung entbehrt.

∗ **Berlin,** 13. Novbr. [Zur Nationalversammlung. — Die Polizei. — Aus Stettin.] Nachdem heute die Sitzung der Nationalversammlung geschlossen und die Abgeordneten auseinander gegangen waren, erschien eine Kompagnie Soldaten, um das Lokal zu räumen. Es wurde das Haus umstellt und der Major v. Bielefeld begab sich mit einem Lieutenant in das Sitzungslokal. Es waren indeß nur noch der Präsident mit einigen Sekretären und auch diese ohne eigentliche Beschäftigung anwesend; man war im Aufbrechen und Abräumen begriffen. Der Major v. Bielefeld, ein bejahrter Krieger, mit wenigem schneeweißem Haar, trat, den Helm in der Hand, in den Saal und bat die Anwesenden, denselben zu verlassen. Er zeigte in seinem ganzen Auftreten die höchste Ruhe und Artigkeit und man erkannte wohl, wie schmerzlich-peinlich ihm ein solcher Auftrag sein mochte. Seiner Aufforderung wurde denn auch ohne langen Anstand genügt, nachdem der Präsident seinen Widerspruch eingelegt und der Major gebeten hatte, ihn durch freiwilliges Folgeleisten einer weiteren Verlegenheit zu überheben. Draußen wurde der Präsident v. Unruh mit lebhaftem Jubel empfangen und vom Volke nach Hause geleitet. Die Kompagnie Soldaten marschirte nach dem Schloß zurück. — In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung nahmen der Stadtrath Dr. Wöniger und der Kammergerichtsassessor Junker als neue Mitglieder ihre Sitze ein. — Ersterer der Stellvertreter des geh. Revisionsrath Jonas im ersten Berliner Wahlbezirk, Letzterer der Stellvertreter des geh. Archivrath Riedel im Niederbarnim'schen Kreise. Jonas und Riedel gehörten zu den ausgeschiedenen Mitgliedern der rechten Seite. Die Herren Wöniger und Junker sollen dem Präsidenten angezeigt haben, sie hätten es unter den obwaltenden Umständen für ihre Pflicht gehalten, sich, auch ohne den speziellen Ruf der Nationalversammlung abzuwarten, auf die Kunde von dem Ausscheiden ihrer Vordermänner sofort in deren Mitte einzufinden. Es soll dies um so mehr die Zustimmung des Präsidenten erhalten haben, als es dem Bureau sehr erschwert wird, die Stellvertreter einzuberufen, da das Ministerium die Wahlprotokolle im Besitz hat. Dem Herrn Junker war sogar eine Bescheinigung über seine Wahl vom betreffenden Landrath verweigert worden. Die Nationalversammlung genehmigte Beider Eintritt unter Applaus. — Herr Bornemann hat der Nationalversammlung vom Bett aus seine Erkrankung gemeldet und ihr zugleich geschrieben, daß er, sobald es irgend sein Zustand erlaubt, wieder erscheinen würde. — Zur Berichtigung der gestrigen Mittheilung über das Verhalten des Polizeipräsidiums in Bezug auf die vom General v. Wrangel unterm 12. d. M. angeordnete Maßregel, die Drucksachen betreffend, diene Folgendes: Das Polizei-Präsidium soll von dem gewiß richtigen Gesichtspunkte ausgegangen sein, daß der Belagerungszustand die Civil-Behörde in ihren Funktionen nicht von dem gesetzlichen Boden entfernen könne und daß jede exceptionelle Maßregel, welche der den Belagerungs-Zustand leitende Befehlshaber aus Gründen dieses Zustandes für nothwendig erachtet, der Ausführung des Militärs anheimfalle. Dadurch erklärt es sich, daß das Polizei-Präsidium sich von jeder Censur fern hielt. Die Suspension einiger periodischen Blätter ist auch wirklich nicht durch das Polizei-Präsidium, sondern durch den General v. Wrangel erfolgt. — Daß sämmtliche exekutive Polizei-Beamten durch die Polizei-Inspektoren Gesellius, Hofrichter und Sebald bei dem Polizei-Präsidenten v. Bardeleben Protest gegen jede amtliche Mitwirkung bei den gegenwärtigen politischen Maßregeln eingelegt haben, hat sich nicht bestätigt. Richtig ist nur, daß die genannten Beamten bei einer Besprechung der durch den Belagerungszustand etwa nothwendig werdenden Maßregeln gebeten haben, die Ausführung aller militärischerseits getroffenen Anordnungen der Militärbehörde zu überlassen. Die Redaktion der Ostsee-Zeitung entschuldigt sich, daß sie nur einen halben Bogen erscheinen lassen könne, indem der größte Theil ihrer Setzer nach Berlin abgegangen sei, auch sei sie außer Stande, **die im Staats-Anzeiger enthaltene, vom Staatsministerium unterschriebene Bekanntmachung zu veröffentlichen, weil sich in ihrer Druckerei kein Setzer findet, der jene Bekanntmachung setzen will.**

**Berlin,** 15. Nov. [Erklärung der Bürgerwehr.] Mehrere Bataillone der Bürgerwehr haben eine aus Offizieren und Rechtsgelehrten bestehende Kommission niedergesetzt, um die Frage zu erörtern, ob sich die Bürgerwehr in ihrem gegenwärtigen Verhalten auf dem Rechtsboden befindet, und um einen feierlichen Protest gegen die Entwaffnung der Bürgerwehr auszuarbeiten. Diese Kommission hat folgende Erklärung abgegeben, welche fast von der ganzen Bürgerwehr angenommen und sowohl der Nationalversammlung als auch dem Staatsministerium mitgetheilt worden ist:

An das Staats-Ministerium.

Durch eine von dem Staats-Ministerium contrasignirte königliche Verordnung ist die Berliner Bürgewehr aufgelöst worden. Als Grund der Auflösung wird der Schutz angegeben, welchen die Bürgerwehr der National-Vers. hat angedeihen lassen. Nach § 3 des Bürgerwehrgesetzes steht der Krone allerdings das Recht der Auflösung der Bürgerwehr zu, es müssen aber wichtige Gründe für eine solche Maaßregel vorhanden sein. Im vorliegenden Falle fehlt es durchaus an jedem Grunde. Die Bürgerwehr ist nach § 1 des Bürgerwehrgesetzes berufen: Die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen. Die Nationalversammlung ist verfassungsmäßig mit der Krone gleich berechtigt und die Bürgerwehr ist zu ihrem Schutze eben so verpflichtet, als zu dem der Krone, so lange sie ihre Befugnisse nicht überschreitet. Die Nationalversammlung hat ihre Befugnisse nicht überschritten. Die Krone hatte kein Recht, die Thätigkeit der konstitutionellen Versammlung auch nur einen Tag zu hemmen. Hätte sie das Recht, eine solche Vertagung auf 17 Tage auszusprechen, so könnte sie solche auch auf 17 Jahre, ja auf unbestimmte Zeit aussprechen. Aber noch aus einem anderen Grunde durfte die Bürgerwehr die Nationalversammlung in der Freiheit ihrer Berathungen nicht stören, da nach § 4 des Gesetzes vom 6. April 1848 jeder Preuße berechtigt ist, sich in einem geschlossenen Raum zu versammeln. Ueberdies ist der Bürgerwehr eine Requsition zur Auflösung der Versammlung durch ihre vorgesetzte Dienstbehörde, den Magistrat, noch gar nicht einmal zugekommen. Der Polizei-Präsident als einzeln stehender Polizei-Beamter war zu einer solchen Requisition nicht befugt. Von einem Auflehnen der Bürgerwehr kann also gar keine Rede sein. Endlich hat das Staatsministerium keine Macht gehabt über eine friedliche Stadt, welche trotz allen Bemühungen, sie zu reizen, die heiligste Ruhe bewahrt hat, den Belagerungszustand zu verhängen und in solcher Weise die von der Krone garantirten Freiheiten zu beschränken. Die unterzeichnete Bürgerwehr muß daher den Beschluß der Nationalversamm-

lung, daß in folgenden Maßregeln des Staats-Ministerii eine Verletzung der verfassungsmäßigen Freiheit enthalten sei: 1) Auflösung der Nationalversammlung, 2) Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, 3) Verhängung des Belagerungszustandes, vollständig anerkennen. Die Bürgerwehr ist berufen die verfassungsmäßige Freiheit zu schützen, dieselbe wird, wenn auch alle ihre Pflicht vergessen sollten, diese ihr durch das Gesetz auferlegte Pflicht zu erfüllen wissen und protestirt daher hiermit feierlichst gegen ihre Entwaffnung. Geschieht dem Vaterlande ein Unglück, so wird der Fluch über diejenigen kommen, welche dasselbe heraufbeschworen haben.

Berlin, den 15. November 1848.

Das 5te und 14te Bataillon der Bürgerwehr.

[Das Reichs-Ministerium provocirt den Widerstand der preußischen Regierung.] Bereits im ersten Extrablatte des verflossenen Montags hat der Correspondent (*) eines Schreibens gedacht, welches der Reichsminister Schmerling an den Bevollmächtigten Camphausen erlassen hat und worin mit den grellsten Farben die anarchischen Zustände Berlins geschildert werden und auf deren Abstellung angetragen wird. Mit Bezug auf die Bedeutung dieses Schreibens in einem Augenblicke, in welchem Bassermann sich in Berlin befindet und seine unbedingte Zustimmung zu den Beschlüssen des Staatsministeriums gegeben hat, äußerte unser Correspondent den Wunsch, daß das Schreiben veröffentlicht werde. Hier ist das Dokument, wie es aus dem Archive des Staats-Ministeriums hervorgegangen ist: „Auszug aus einem Schreiben des Reichs-Ministers Herrn Schmerling, an den königl. Bevollmächtigten Herrn Camphausen. Daß der Zustand in Berlin ein solcher ist, wie er die sorgliche Aufmerksamkeit der Centralgewalt nicht bloß auf sich ziehen kann, sondern auf sich ziehen muß, wenn anders diese nicht den Einfluß Berlin's auf das übrige Deutschland und seine Pflichten außer Acht lassen wollte, wird leider von Niemanden in Abrede gestellt. Alle die, welche auf einen völligen Umsturz aller Verhältnisse in Deutschland hinarbeiten, richten, nachdem in Frankfurt a. M. ihre Pläne gescheitert und sie aus Wien bereits die Flucht ergriffen, ihre Hoffnungen und Bestrebungen nun lediglich auf Berlin. Hier glauben sie den besten Boden für ihre Arbeit zu finden, hier versammeln sich die Mitglieder der äußersten Linken aus den verschiedenen deutschen Stände-Versammlungen; hier stellt sich der Kongreß aller demokratischen Vereine unter den Schutz des Volkes und glaubt öffentlich erzählen zu dürfen, an welchem Tage er bereit war, das Zeichen zum gewaltsamen Aufruhr zu geben; „wendet alle eure Hoffnung nach Berlin," schreibt Arnold Ruge in einem offenen Briefe vom 14. Oktober an seine Wähler, „Ihr wißt," fährt er fort, „daß Ihr hier eine Stimme habt, die in's Gewicht fällt." In Berlin ist's, wo ganze Kompagnien der Bürgerwehr in öffentlichen Anschlägen das Lob des Königs zurückweisen, wo man die bekränzten Särge der Aufrührer öffentlich als die „Opfer der Reaktion" gleich glorreichen Märtyrern zur Schau ausstellt, wo die gesetzlich bewaffnete Bevölkerung der Stadt dem Trauerzuge dieser Empörer in größerer Anzahl folgt, als den Särgen der in Vertheidigung des Gesetzes gefallenen Bürger; wo endlich auch in den letzten Tagen wieder die Abgeordneten beim Austritte aus ihrem Berathungssaale am hellen Tage und auf offener Straße mit Vorzeigen von Todeswerkzeugen bedroht und sogar zeitweise durch Vernagelung der Thüren gefangen gehalten worden. Wo ein solcher Zustand, während welchem zugleich eine verführerische und gefährliche Einwirkung auf das Militär aus allen Kräften fortbetrieben wird, andauert, da wird wohl eine fürsorgliche Maßregel der Centralgewalt von Deutschland, das Bereithalten eines Vollmachtträgers für möglich rasch eintretenden dringenden Fall nicht erst eine ausführliche Rechtfertigung verlangen und bedürfte das Reichsministerium für seine Ansicht der Dinge in Berlin einer Bestätigung, so fände sie dieselbe in den wiederholt ausgesprochenen bangen Befürchtungen patriotischer preußischer Bürger und Staatsmänner.

Frankfurt a. M., den 2. November 1848."

✱ **Potsdam,** 23. Novbr. [Volksversammlungen und Beschlüsse derselben. — Zerstörungen an der Eisenbahn. — Der König und die Königin. — Grabow.] Das Fest der Fahnenweihe, welches der hiesige Handwerkerverein am 11. d. M. beging, bekam einen sehr ernsten Schluß durch die alle Gemüther tief erschütternden Nachrichten aus Berlin, denn Jedermann erkannte die Schwere und Wichtigkeit der Folgen. Es ward bald mitgetheilt, daß am folgenden Morgen, also gestern, Volksversammlungen stattfinden sollen, um die großen Ereignisse zu besprechen, und Beschlüsse zu fassen. Gestern Vormittag gaben sich die Bewegungen kund; in dem Gasthause zum Prinzen Karl von Preußen an der langen Brücke fand die erste Versammlung statt, in welcher die Gelobung verlangt worden sein soll, Alles zu thun, um den Abmarsch von hier nach Berlin zu verhindern, und sich dazu vorzubereiten; in der anderen Versammlung in der Reitbahn des Stallmeisters Brandt vor dem Brandenburgerthore war beschlossen worden, **durch eine Bürgerdeputation bei dem Magistrat sofort zu beantragen, daß derselbe Namens der Stadt eine offizielle Erklärung über die Anerkennung des Rechtes der Nationalversammlung und eines Protestes gegen das Ministerium Brandenburg abgeben solle.** Die Versammlung zog in Prozession vor das Rathhaus, aber die Anträge sind ohne Erfolg geblieben. Nun sollte Nachmittags eine weitere Versammlung stattfinden, um über diese Angelegenheit weitere Beschlüsse zu fassen, allein die Ereignisse dieses Tages vereitelten diese Versammlung. Um 3 Uhr standen das 2te und 3te Bataillon des ersten Garderegiments zu Fuß im Lustgarten marschfertig aufgestellt, und bald marschirten sie nach dem Bahnhofe, um denselben zu besetzen, und von dort nach Berlin gefahren zu werden. In diesem Augenblick waren nun viele Menschen auf die Bahn geeilt, um sie zu beschädigen und die Abfahrt unmöglich zu machen; die Bahn war an mehreren Stellen unfahrbar gemacht, auch der elektrische Telegraph zerstört worden, so daß jede Kommunikation zwischen Berlin und Potsdam aufgehoben war. Kavallerie und Infanterie wurden nun längs der Bahn zum Schutze derselben aufgestellt und ein Bataillon marschirte über Nowawes und Babelsberg ab; nach mehreren Stunden war die Bahn wieder fahrbar und um 7 Uhr Abends kam ein Berliner Zug an. Wir müssen hier bemerken, daß der Bahnhof auf ländlichem Territorium liegt, mithin von der Bürgerwehr nicht zu besetzen ist; in der Stadt begannen um 7 Uhr Exzesse, indem Brotwagen für das Militär geplündert wurden; das Bürgerwehr-Kommando, welches auf dem Mehlhause in Permanenz war, ließ in allen Bezirken Generalmarsch schlagen, es fielen dann weitere Exzesse nicht vor. — Der König, die Königin und der Hof trafen Abends von Sanssouci im Stadtschlosse ein, wo sich viele Menschen versammelten, allein es blieb ruhig. Mit dem Berliner Zuge traf nach 9 Uhr die Nachricht ein, daß Berlin in Belagerungszustand erklärt worden. Der Abgeordnete Grabow, welcher beim Könige gewesen, ward auf dem Bahnhofe von vielen Seiten achtungsvoll und mit großer Aufmerksamkeit begrüßt; wie es heißt, wird derselbe nun in die Nationalversammlung in Berlin nicht eintreten, indeß können wir diese Annahme nicht verbürgen.

† **Potsdam,** 13. November. [Der König und die Königin. — Krawall. — Magistrat und Stadtverordneten erhalten keine Audienz beim Könige.] Die Züge vom Garde-du-Corps, welche wir auf den Straßen gestern Abend gesehen haben, hatten nicht Patrouillendienst, sondern JJ. MM. den König und Königin, bei ihrer Uebersiedelung in das Stadtschloß zu eskortiren. — Bald nach sechs Uhr gab es noch am Schloßportal bei der Wache einen Krawall. Ein Mann aus einem tumultuirenden Haufen hatte die Soldaten, welche den Wachtposten aufführten, mit den Worten insultirt: da kommen die Eselsköpfe von Soldaten her, und wurde darauf von diesen arretirt und in die Wache gebracht. Nun wollte die tumultuirende Menge den Gefangenen befreien. Man hörte Geschrei und Schimpfen. Einige Steine wurden geworfen. Die Wachtmannschaft hielt ruhig das Portal besetzt und ließ Niemanden herein. Im Tumult fielen zwei Schüsse. Es hieß erst, die Soldaten hätten geschossen; bald aber erfuhr man, daß die Schüsse im Volkshaufen gefallen waren, indem zwei wohlgekleidete Männer mit Sackpistolen in die Luft geschossen hatten. — Gegen 8 Uhr entsendete der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung noch eine Deputation an Se. Majestät den König; diese aber wurde, weil kein Minister anwesend war, nicht angenommen.

**Potsdam,** 14. November. [Unruhen.] Auf den Grund von Gerüchten, daß man von hier aus, und aus der Richtung von Magdeburg her, beabsichtige, Berlin mit bewaffneter Volkswehr zu Hülfe zu kommen, war von Seiten der Kommandantur von gestern früh an die Eisenbahn mit Militär besetzt. Es passirten zwar die Züge von Berlin her, indeß durfte bis 5 Uhr Abends kein Personen-Zug nach Berlin befördert werden; Niemanden wurde es erlaubt, den Perron der Eisenbahn zu betreten. Selbst die Züge von Magdeburg her, werden nur bis Werder befördert, und diese Absperrung wurde so strenge beobachtet, daß ohne einen speziellen Erlaubnißschein von Seiten der Kommandantur nicht einmal den Eisenbahn-Ingenieurs erlaubt wurde, sich an ihre Arbeitsstellen zu gegeben; auch Frauenzimmer und Briefe wurden nicht befördert. Um 5 Uhr wurde die Passage nur insoweit frei, daß Personen, die von der Polizei als völlig unverdächtig rekognoscirt waren, nach Berlin befördet werden durften. Indeß war es in Potsdam selbst sehr aufgeregt. Erst wollte man das Pulvermagazin auf dem Brauhausberge stürmen und berauben, dann in das Rathhaus dringen und den Magistrat fortjagen und endlich das Waffendepot in der Wache (jetzt Magazingebäude) an der Ecke der Charlotten- und Lindenstraße, plündern, anch überall den Transport der Munitions- und Brodwagen zur Verpflegung des Militärs hemmen. Da aber der Kern der besonnenen Bürgerschaft sich nicht betheiligte, so konnte das Eigenthum des Staats leicht durch Militär beschützt werden, und die Bürgerwehr trieb die Tumultuanten auseinander, obgleich auf wiederholtes Allarmschlagen sich diese nur sehr unvollständig versammelt hatte. In Versammlungen wurden von verschiedenem Sinne Adressen berathen und unterzeichnet. Mehrere Grenadier-Kompagnien waren gegen Abend noch nach Berlin entsendet; um 10 Uhr Abends kamen indeß einige Füsilier-Kompagnien von dorther zurück. Man behauptet, es läge im Plan der Führer solcher Volksaufregungen, dadurch zu verhindern, daß noch mehr Truppen nach Berlin geschickt würden. Uebrigens geht im täglichen bürgerlichen Leben Alles seinen ruhigen Gang, so daß von einem Aufstand der Einwohnerschaft in Potsdam nicht die Rede sein kann. (Spen. Z.)

**Köln,** 13. November. [Erklärung des Gemeinderaths.] Dem hiesigen Gemeinderathe war der Antrag gestellt worden, der von der vorgestrigen Volks-Versammlung beschlossenen (s. die gestr. Nummer) Adresse an die National-Versammlung in Berlin beizutreten. In einer gestern gegen Abend gehaltenen außerordentlichen Sitzung wurde mit 12 Stimmen (einschließlich der doppelt gerechneten Stimme des Vorsitzenden) gegen 11 jene Adresse unter Zusatz eines Wortes („gesetzlichen") angenommen. Wohl in Folge dieser Abstimmungen erschienen Abends Volkshaufen bei den Wohnungen einiger der 11 Gemeinde-Verordneten und brachten ihnen Katzenmusiken. Im Laufe des Nachmittags waren zahlreiche Mitglieder einer im Eiser'schen Saale gehaltenen Volks-Versammlung vor die Wohnungen mehrerer von Berlin hierher zurückgekehrten Abgeordneten gezogen und hatten ähnliche Demonstrationen gebracht. (K. Z.)

**Königsberg,** 12. Nov. Der Volkswehrklubb hat beschlossen, daß er sich allen Anordnungen, welche die Regierung ohne oder gegen den Willen der Nationalversammlung unternehmen sollte, widersetzen, und sich bei entstehenden Konflikten nur an die Erlasse der Nationalversammlung halten werde.

**Magdeburg,** 13. November. [Die Stadtverordneten, die Veteranen und die Bürgerwehr erklären sich für die National-Versammlung.] Von unserer Stadtvorodneten-Versammlung ergeht folgender

**Aufruf an die Provinz Sachsen!**

**Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr!**

Wer wäre unter Euch nicht voller Besorgniß! Wer wäre nicht gern bereit, zur Abwendung dieser Gefahr nach Kräften beizutragen! — Der König hat die Nation aufgefordert, sich auszusprechen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich beeilt, diesem Rufe zu folgen; sie hat gestern in außerordentlicher öffentlicher Sitzung die nachstehende Adresse entworfen:

„Majestät!

Sie haben in ihrer Proklamation vom 11. November Ihr Valk zum neuen Vertrauen aufgefordert.

Wir Magdeburger, welche einen nicht unbedeutenden Theil des Volkes ausmachen, wir Magdeburger, welche von jeher treue Anhänger unseres Königs gewesen sind, wir, welche es auch gern noch länger sein möchten, wir fühlen mit Schmerz, daß dieses Vertrauen gestört ist, daß es nicht zurückkehren wird, so lange wir das vom Grafen v. Brandenburg gebildete Ministerium an der Spitze der Verwaltung sehen."

Wir sehen in den Personen, welche dieses Ministerium bilden, die Feinde des Volks. Frei und offen erklären wir Ew. Majestät, daß die unseres Wissens noch in diesem Augenblick in Berlin tagende National-Versammlung für ihre seit dem 9. November gefaßten und bis jetzt uns bekannt gewordenen Beschlüsse unsere ganze Zustimmung, durch ihre ruhige, feste und würdige Haltung unsere ganze Hochachtung erworben hat. Wir billigen ihr Verfahren; unsere Stadt-Behörden haben ihr dies bereits erklärt, so wie dem Ministerium Brandenburg, daß es unser Vertrauen nicht besitzt."

Wir fordern unsere Mitbürger auf, durch Ihre Unterschrift sich dieser Adresse anschließen; wir machen es jedem Bewohner unserer Stadt zur dringenden Pflicht, dieser Aufforderung schleunigst Folge zu leisten, wenn er in derselben den Ausdruck seiner Gesinnung findet. Keiner bleibe zurück, damit dem Könige jeder Zweifel darüber genommen werde, wie er mit seinem Volke steht.

Die Adresse liegt bis heute Mittag 12 Uhr auf dem Rathhaussaale, im Börsensaale und im Saale der Vereinigung zur Unterschrift aus. — Magdeburg, den 13. November 1848. — Die Stadtverordneten-Versammlung. — Wir fordern sämmtliche Gemeinden der Provinz auf, sich schleunigst in ähnlicher Art auszusprechen.

Der Vorstand des Central-Kriegervereines der Provinz Sachsen zu Magdeburg hat unterm 12. Nov. an Se. Majestät den König folgende dringende Bitte gerichtet:

Majestät!

Das Vaterland ist in Gefahr! Das ist kein Wort, das ist eine furchtbare Thatsache! Wir, die wir für König und Vaterland gekämpft und geblutet und wir, die wir uns in der Gesinnung den Veteranen unserer preußischen Ruhmeszeit angeschlossen, wir,

(Fortsetzung in der Beilage.)

---

**Mit einer Beilage.**

# Beilage zu № 269 der Breslauer Zeitung.

**Donnerstag den 16. November 1848.**


(Fortsetzung.)

die wir auch gegenwärtig den Kampf gegen die Feinde Eurer Majestät aufgenommen, und Verdächtigung mannigfacher Art haben ertragen müssen, wir haben ein heiliges Recht, ja eine heilige Pflicht, an Eure Majestät heranzutreten. — Wir machen von diesem Rechte, von dieser Pflicht Gebrauch, indem wir hiermit ein feierliches Zeugniß in tiefster Liebe und Ehrerbietung dahin ablegen: daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel nicht blos die Majorität der Nationalversammlung, nein, die unermeßliche Majorität der Nation gegen sich hat; indem wir, der Zustimmung aller Kriegervereine der Provinz gewiß, die unterthänigste Bitte hinzufügen: Euer Majestät wollen ohne alles Säumen, da jedes Säumen Gefahr bringt, dieses Ministerium entlassen. Mit uns erheben tausende unserer Mitbürger ihre Stimmen, Stimmen, die nur aus einem für Euer Majestät mit innigster Liebe schlagenden Herzen kommen. Wir beschwören Euer Majestät um Erfüllung dieser Bitte. Majestät! der Augenblick ist der gefährlichste in der preußischen Geschichte! Da hört jedes Bedenken für uns auf! Wir haben Freundespflicht erfüllt; wir haben ein gutes Gewissen. Mit unwandelbarer Liebe und Treue Euer Majestät allerunterthänigste der Vorstand des Central-Kriegervereines der Provinz Sachsen.

Die hiesige Bürgerwehr hat folgende Adresse erlassen:

Hohe Nationalversammlung!

Wir haben unterm 10. d. Mts. Einer hohen Nationalversammlung unsere Zustimmung zu den von ihr gefaßten Beschlüssen gegeben, weil diese der Würde des Volks, welches die hohe Versammlung vertreten hat, vollkommen entsprechend sind. — In der heutigen Versammlung sämmtlicher Bürgerwehr-Bezirke ist von denselben der Beschluß gefaßt worden, daß die hiesige Bürgerwehr die hohe Nationalversammlung auch ferner auf dem bisher von derselben eingeschlagenen Wege vertreten, und ihr entschieden zur Seite stehen wird. — Magdeburg, den 12. Nov. 1848. — Im Auftrage der Bürgerwehr: Das Commando. (M. Z.)

**Posen**, 13. Nov. [Adressen.] Der demokratisch-konstitutionelle Verein hat folgende Plakate erlassen:

An eine hohe National-Versammlung in Berlin.

Vertreter des Volks! Das Vaterland, die Freiheit sind in Gefahr. Gestützt auf das Recht der Gewalt hat ein Ministerium aus dem Herzen der Reaktion es gewagt, Eure Rechte, die Rechte des Volks anzutasten, hat es, den Boden des Gesetzes verlassend, den Weg der Revolution betreten. Ihr aber habt Euch nicht verleiten lassen, zu folgen auf diesen Weg, den man Euch zu Eurem Untergange, zum Sturze der Freiheit führen möchte. Nein, als würdige und wahre Vertreter eines großen Volkes, habt Ihr mit energischer Kraft, aber auch mit besonnener Mäßigung dem gesetzlosen Angriff den gesetzlichen Widerstand entgegengestellt — habt Ihr das moralische Recht Euch gewahrt, das keine Armee zu besiegen vermag. Seid guten Muths, Ihr Männer des Volks, laßt Euch nicht irren in Eurem Rechte, nicht wankend machen in Eurem Widerstande. Das Vaterland hat keine politischen Parteien mehr. Eins ist Alles in der Liebe zur Freiheit, in der Verehrnng vor Euch! Sechzehn Millionen stehen zu Euch. Keine Macht der Erde kann Euch überwältigen. Mit Flammen-Schrift wird in den Annalen des Vaterlands für ewige Zeiten Euer Ruhm und die Tage des 9. und 10. November verzeichnet stehen. Jene Wenigen aber, die abtrünnig das Mandat des Volkes verriethen, sie mögen dem Richterspruche der Geschichte, der Strafe ihres Gewissens anheimfallen.

Protest. In Erwägung, daß die Revolution das Prinzip der demokratischen Constitution festgestellt, und daß die Krone dasselbe anerkannt hat, in fernerer Erwägung, daß hieraus die Verpflichtung der Krone folgt, nicht ohne Zustimmung, am allerwenigsten aber gegen den entschiedenen Willen der Volksvertretung zu handeln, erklärt der unterzeichnete Verein die Maßregeln der Krone, wodurch die National-Versammlung wider ihren Willen vertagt, nach Brandenburg verlegt und genöthigt wird, der Gewalt der Bajonnette zu weichen, endlich die Maßregel, wodurch dem Lande ein unvolksthümliches Ministerium aufgedrungen wird, für unberechtigt und unkonstitutionell. Er legt dagegen feierlichst Verwahrung ein und wird mit der ihm zu Gebote stehenden moralischen Macht die Beschlüsse der Nationalversammlung unterstützen.

## Deutschland.

**Frankfurt**, 10. Novbr. [113. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung.] Der Vorsitzende H. v. Gagern legt der Versammlung die Frage vor, ob der Abgeordnete für Breslau, H. A. Ruge, als aus der Nationalversammlung ausgetreten zu betrachten sei, nachdem derselbe auf die an ihn gerichtete Zuschrift des Bureau's, wonach er binnen drei Wochen über seinen in einem früheren Schreiben angedeuteten Austritt sich zu erklären hatte, keine Antwort ertheilt habe. Es entspinnt sich über diesen Gegenstand eine kleine Debatte. Wesendonck will, daß diese Frage, im Hinblick auf seinen in der vorletzten Sitzung gemachten Vorschlag über Einberufung der Ersatzmänner, dem Legitimations-Ausschuß zur Prüfung überwiesen werde. Graf Wartensleben weist aus der Geschäftsordnung nach, daß dieser Austritt als bereits erfolgt angesehen werden müsse. Ebenso v. Vincke. Sellmer erklärt Namens des Central-Legitimations-Ausschusses, daß diese Kommission nächstens auf den Ausschluß mehrerer provisorisch zugelassener Stellvertreter antragen werde. Falk aus Schlesien theilt mit, daß er das Schreiben Arnold Ruge's selbst gelesen habe, worin derselbe das ihm übertragene Mandat seinen Wählern zu Breslau mit den Worten zurückgiebt: „weil er erwarte, daß in Frankfurt durchaus nichts mehr zu Stande komme.“ Die Nationalversammlung faßt hierauf den Beschluß, daß der bisherige Abgordnete von Breslau, A. Ruge, mit Rücksicht auf die von ihm gemachte Anzeige und auf das an ihn Seitens des Bureau's erlassene Schreiben für ausgetreten zu betrachten sei.

**Frankfurt a. M.**, 11. Nov. [Tagesbericht.] Zwischen den vier Fraktionen, aus denen jetzt die linke Seite der Nationalversammlung besteht, finden Annäherungen statt, und man geht mit dem Plane um, von dieser ganzen Zerklüftung abzustehen, und nach englischer Art eine geschlossene und organisirte Opposition zu bilden. Freilich verkennt man die Schwierigkeit eines solchen Unternehmens nicht, da vorzüglich bei den herrschenden Meinungsverschiedenheiten in allen auf die Grundrechte und die materiellen Angelegenheiten bezüglichen Fragen sich kein irgendwie umfangreiches Programm zu Stande bringen läßt; man hält aber auch ein solches Programm für's erste und für weniger wichtig, da die Competenzfragen und diejenigen der politischen Stellung der Versammlung den Vordergrund noch ganz und gar einnehmen. Gerade diese Fragen sind es aber, an denen sich bisher die Parteiung gebildet hat. Bei den der rechten Seite und dem Centrum angehörigen Parteien, wo die Zerklüftung eine noch bei Weitem größere und tiefer einschneidende ist, hat man bisher noch nicht einmal an den Versuch einer Einigung gedacht. — Hier finden noch beständig Arrestationen wegen der Aufstände in Sachsenhausen und am 18. September statt. Gestern sind in Sachsenhausen allein fünf Menschen gefänglich eingezogen worden. In der Konstablerwache ist selten ein Zimmer leer, obgleich andererseits auch sehr viel Menschen als gänzlich unschuldig aus dem Untersuchungs-Arrest in Freiheit gesetzt werden.

**Leipzig**, 13. November. [Robert Blum.] Die Nachricht von der Erschießung Robert Blums in Wien ist hier allgemein von Fremden und Gegnern desselben mit Entsetzen und Entrüstung aufgenommen worden. Nachstehende Plakate werden so eben angeschlagen:

Ein beklagenswerthes Ereigniß nimmt unsere allgemeine Theilnahme in Anspruch. Unser Mitbürger und National-Vertreter Robert Blum ist in Wien standrechtlich erschossen worden. Schmerz erfüllt uns und muß einen Jeden erfüllen, welcher politischen Richtung er auch angehören möge. Wir sind, obschon machtlos gegen das Geschehene, entschlossen, in Gemeinschaft mit den Herren Stadtverordneten an unsere Regierung sowohl als auch in Frankfurt Maßregeln zu beantragen, durch welche die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden; beabsichtigen auch, durch eine besondere Deputation nach Frankfurt unsern Zweck noch kräftiger zu unterstützen.

Leipzig, am 13. Novbr. 1848.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**

Mitbürger!

Der Nationalvertreter Robert Blum ist in Wien erschossen worden. Das heiligste Recht der Nationalversammlung ist dadurch verletzt. Solcher Verletzung gegenüber schwindet aller Parteiunterschied. Es gilt, mit aller Kraft und innigster Verbindung die Nationalversammlung und die Centralgewalt zu unterstützen, damit dieselben diese Verletzung ihrer Souverainetät ahnden können. Wir halten es für unsere heiligste Pflicht, alle dahin zielenden Schritte zu thun. Jetzt gilt es, einmüthig zusammen zu stehen, ohne Rücksicht auf bisherige Parteistellung. Wir bieten Allen hierzu die Hand. Steht Alle jetzt fest zusammen, die Ihr es aufrichtig meint mit Deutschlands Ehre und Freiheit.

Leipzig, am 13. November 1848.

Der Ausschuß des Deutschen Vereins.
Dr. Göschen. Adv. Volkmar.

In einem dritten Plakate wird „im Namen der vereinigten Vereins-Ausschüsse“ für heute Abend zu einer Volksversammlung in dieser traurigen Angelegenheit eingeladen. (L. Z.)

**Dresden**, 12. Novbr. Blum ist erschossen! Diese furchtbare Nachricht ist durch eine offizielle Depesche des sächsischen Gesandten in Wien heut Nachmittag 3 Uhr beim Gesammtministerium angekommen. Ein Schrei des Entsetzens geht durch die ganze Stadt und die tiefste Entrüstung bemächtigt sich Aller. Sofort beschlossen eine Anzahl Mitglieder der Linken unserer sächsischen Ständeversammlung in Verbindung mit einigen hier anwesenden Deputationen der deutschen Vaterlandsvereine Sachsens folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Das Unerhörte ist geschehen! Robert Blum, der Führer der entschiedenen Freiheitspartei in der Nationalversammlung zu Frankfurt, der treuste Freund seines Volkes, ist wegen seiner hochherzigen Theilnahme an dem Heldenkampfe der edlen Wiener von der Tyrannei kaltblütig gemordet worden. Der Abscheu des gesammten Deutschlands wird die Urheber dieser Schandthat richten, welche selbst das unverletzliche Haupt eines deutschen Volksvertreters nicht geschont hat. Das deutsche Volk wird seine Pflicht erkennen und die Kinder eines der edelsten seiner Freiheitskämpfer für die seinigen erklären.

Dieser Aufruf bringt als Plakat an allen Straßen Dresdens dem Volke diese Trauerkunde. Zugleich wird morgen diese Verletzung des gesammten deutschen Volkes in den Kammern zur Sprache kommen. (D. A. Z.)

## Frankreich.

**Paris**, 11. Nov. [Verschiedenes.] Die Ausschüsse der Klubbs haben sich für Raspail, der im Donjon zu Vincennes gefangen sitzt, als Präsidenten der Republik entschieden. — Die Zeitungen enthalten einen Brief des Marschall Bugeaud, in welchem er erklärt, von der ihm angetragenen Kandidatur zur Präsidentenwahl zurücktreten zu wollen, um die Stimmen der Gemäßigten nicht zu theilen, und dieselben bittet, ihre Wahl auf einen Mann fallen zu lassen, dem die Beistimmung Aller Kraft verleihe, die Gegenwart zu beherrschen und die Zukunft zu konsolidiren. Journal des Debats und Constitutionnel sprechen ihre Billigung über diesen Schritt aus. Einige Blätter sehen in der unbestimmten Fassung des Schlußsatzes eine Empfehlung Louis Bonaparte's.

Das Manifest Ledru Rollin's wurde heute erwartet. Louis Bonaparte will das seinige erst in der nächsten Woche erscheinen lassen. Auch von Lamartine wird ein Manifest erwartet. — Der Moniteur enthält heute das Programm zu dem morgeu stattfindenden Verfassungsfeste.

# Lokales und Provinzielles.

** **Breslau**, 15. Novbr. [Tagesbericht.] Die Central-Kommission der Bürgerwehr und der vereinigten politischeu Klubbs beantragen bei der permanenten städtischen Kommission: 1) Der Central-Kommission ein Lokal für ihre Berathungen anzuweisen, da der Benutzung des gegenwärtigen Hindernisse im Wege stehen. — Die städtische Kommission beschließt, die Kaufmannschaft wegen des Zwingersaales anzugehen. Im Falle der Verweigerung muß die Central-Kommission selbst Vorschläge machen, und sollen ihr die Geldmittel zur Erlangung des Lokals bewilligt werden.

2) Antrag: Den Oberpräsidenten zu ersuchen, die geeigneten Schritte zu thun, um aufs Schleunigste die Zurückziehung der Truppenmassen um Liegnitz zu bewirken. — Es wird beschlossen, eine Deputation in dieser Angelegenheit an den Oberpräsidenten zu entsenden, und soll dieselbe zugleich das Gesuch stellen: der Oberpräsident möge persönlich den Stellvertreter des kommandirenden Generals, Herrn v. Lindheim, befragen, ob und was für militärische Maßregeln in Bezug auf Breslau angewendet würden?

3) Antrag: Das Wehramt aufzufordern, von dem Kommissariat der Eisengießerei von Hoffmann u. Comp. die im März angefertigten Piken, Bajonette ꝛc. zur Disposition des Wehramts zu verlangen. — Der Antrag wird angenommen.

4) Antrag: In mehren Schmiede-Werkstätten die Anfertigung von Piken zu bestellen. Die städtische Kommission beschließt in Bezug hierauf, das Wehramt aufzufordern, eine Uebersicht der vorhandenen Streitkräfte und Streitmittel zu geben, und hiernach die weiteren Maßregeln zu treffen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister Bartsch, Stadtverordneten-Vorsteher Regenbrecht und dem Oberst Dr. Engelmann sich zu dem Ober-Präsidenten begeben und denselben wegen der oben beregten besorglichen Verhältnisse befragt habe. Der Oberpräsident habe geantwortet, daß er von neuen Truppenzusammenziehungen nichts wisse, daß er im Gegentheil erfahren, daß die Truppen um Liegnitz sich theilweise schon nach ihren früheren Quarteren zurückbegeben hätten, — daß ferner die Truppen in Schlesien noch nie so durch die ganze Provinz vertheilt und vereinzelt gewesen wären, als jetzt; daß er, (der Oberpräsident) so eben General v. Lindheim gesprochen, und dieser sich dahin geäußert habe, daß keine besonderen militärischen Maßregeln in Betreff Breslau's getroffen seien; und wenn das Militär wachsam sei, so könne das nicht befremden, da eine Aufregung in der Stadt unverkennbar ist. Uebrigens versichert der General v. Lindheim, daß wenn das Militär nicht provozirt würde, es nicht eher einschreiten werde, bis es vom Magistrat requirirt werden wird. — Das Abkommen vom März würde streng aufrecht erhalten werden.

Es wird eine Kommission ernannt, die für die Verproviantirung der Stadt zu sorgen habe. Die Kommission besteht aus den Herren Dyhrenfurth, Burkhardt, Ludewig und Rösler. — Es wird die Mittheilung gemacht, daß die Stadt auf 4 Wochen mit Brodt versehen sei.

Um 6 Uhr erscheint eine Deputation des Fleischermittels, welche Folgendes beantragt: In Erwägung, daß die Bestände der königl. Banken nach Magdeburg abgeführt, in Erwägung, daß den Abgeordneten die Diäten verweigert worden sind, und in der Befürchtung, daß die Gelder vielleicht nicht zum Heile des Staates verwendet werden — die einzuliefernden Steuern von dem Fleischermittel statt in die königl. Kassen in die städtischen zu liefern; die andern Korporationen sollten zu gleichem Verfahren aufgefordert werden. — Nach einer sehr ernsten und reiflichen Debatte wurde beschlossen: Die permanente städtische Kommission erklärt — In Erwägung, daß die Nationalversammlung die Steuerverweigerung noch nicht beschlossen hat, sie sich noch nicht für befugt erachte, auf diesen Antrag einzugehen, daß sie dagegen dem Ober-Präsidenten und Herrn v. Bigeleben den Thatbestand mittheilen, und deren Beschlüsse darüber einholen werden. — Zur Begründung dieser letzteren Maßregel soll angeführt werden, daß man dem Fall der Steuerverweigerung vorbeugen müsse, ein Fall, dessen unglückliche Folgen für Stadt und Staat unabsehbar sein würden. — Als die Deputation von diesem Beschlusse in Kenntniß gesetzt wurde, erklärte sie aufs Bestimmteste: daß sie durchaus keine Steuer-Verweigerung beabsichtige, sondern nur gesichert sein wolle, daß die abgelieferten Gelder auch hier verbleiben, und nicht zu gewissen Zwecken nach auswärts geführt werden. Es sprach sich in allen Aeußerungen der Deputation eine eben so entschiedene als gemäßigte und ehrenhafte Gesinnung aus. — Zur Deputation an den Oberpräsidenten und Herrn von Bigeleben wurden erwählt: die HH. Froböß, Ludewig, Dyhrenfurth und Pflücker. Herr Bürgermeister Bartsch hat sich der Deputation angeschlossen.

Nachts 11 Uhr kehrte die Deputation zurück und meldete: daß der General-Steuer-Direktor v. Bigeleben erklärt habe, daß er hierin gar nichts thun könne, sondern er müsse die eingegangenen Steuern an die Regierungs-Hauptkasse abliefern. Der Herr Ober-Präsident erklärte: daß er es mit seiner Pflicht nicht für vereinbar hielte, diese Steuergelder den betreffenden Kassen vorzuenthalten.

## Theater.

Am 14. November zum ersten Male: „Raphael Sanzio", romantisches Drama in 5 Aufzügen von Dr. Anton Wollheim.

Selbst dem nicht gläubigen Wanderer thut es wunderbar wohl, wenn er in wildem Sturmeswetter einen Berg mühevoll erklimmen muß, und, oben angelangt, in eine Kapelle tritt, in welcher ihn die friedlichen Töne einer Orgel begrüßen. Eine solche Kapelle mit den friedlichen Orgeltönen erschien dem im politischen Sturmgebrause hinauf auf den Berg, wo die Freiheit wohnt, Klimmenden, Thalia's Tempel, in den er, zur Aufführung von „Raphael Sanzio", eintrat.

Beiläufig bemerkt, hat es sich dargethan, daß Schiller Unrecht hatte mit seinem Ausspruche: „Auf den Bergen wohnt die Freiheit!" Denn jetzt, wo sie sich darf sehen lassen im flachen Lande, zeigt es sich, daß das halbe Schock und einige Zugaben deutscher Fürsten mit der Freiheit bisher hinter dem Berge hielten.

Der Dichter des „Raphael Sanzio" lebt in einer Republik: Hamburg. Dort ist die Drangperiode der Fäuste und der Schreibfinger rascher überstanden, dort macht die Muse ihre Ansprüche an Schönheit der Ruhe schon wieder geltend. Dort konnte ein Dichter ein lyrisches Drama schaffen, während draußen nur noch die Tyrtäus-Gesänge eines Freiligrath Lauscher finden. Der spärliche Besuch bei der ersten Aufführung des „Raphael Sanzio" ließ es an reichsten Beifallsbezeugungen nicht fehlen; das Stück hat sich auf unsern Brettern, welche die Welt bedeuten, das Bürgerrecht erworben, und würde durch dieses recht lange darauf heimisch bleiben, wenn heutzutage das Bürgerrecht noch anderen Schutz und anderes Recht gewährte, als die Waffe tragen und kämpfen zu dürfen.

Das Drama ist eine geschickte Combination wirksamer Scenen, die, wenn auch nicht originell in der Erfindung, durch poetischen Geist zusammengehalten, zu einem Ganzen verschmolzen werden. Die Idee, welche in dem Drama verkörpert, mit ihren Harmonieen in Maria, ihren Dissonanzen in Barbara, vor Augen tritt, ist: ein Genie dürfe sich nicht zersplittern; dürfe, wenn es auch von dem Irdischen berührt wird, nicht von ihm herabgezogen, noch gefesselt werden. So sehr auch der Dichter nach Wirksamkeit der Scenen gestrebt, so scharf er auch mitunter für den Darsteller gezeichnet hat, um selbst einem mittelmäßigen Schauspieler dankbare Momente zu bereiten, so hat er doch die Reinheit, die Verklärtheit seiner Grundidee treu und unangetastet durchgeführt. Am Schlusse nur hat der reichbegabte Wollheim ein wenig Birch-Pfeifferei getrieben: die Dichtung ist fertig mit dem Tode Maria's; um aber noch was für die Schaulust der Menge zu thun, hat er eine Art Nachspiel angeklebt, in welchem Raphaels Sixtinische Madonna als lebendes Bild auf die Bühne kommt.

Ueber die Darstellung, welche trotz des leeren Hauses mit großem Beifalle aufgenommen wurde, wird ein anderer Berichterstatter nach der nächsten Aufführung sein Urtheil aussprechen. S.

## Der akademische Musik-Verein

wird nächstens wieder das Publikum an sich zu fesseln suchen, und es steht auch zu erwarten, daß es dem neuen Dirigenten, dem äußerst talentvollen und als Tondichter schon bekannten Herrn stud. theol. cath. Karl Tenschert wohl gelingen dürfte, das im Reiche politischer Disharmonie zerstreute Publikum — wenigstens auf einige Stunden — durch heitere und süße Harmonien zu vereinigen. x.

*** Oppeln, 14. Novbr.** [Adresse.] Der Magistrat hat uns folgende Adresse zur Veröffentlichung mitgetheilt:

„Vertreter des Volks! Für Recht und Freiheit, für das Volk, welches Euch zu seiner Vertretung erwählt, zu stehen und zu fallen, ist Euer Wahlspruch, Millionen folgen Euren Schritten mit Stolz und Wehmuth. — Mit Stolz erkennen wir, daß Preußen Männer hat, welche unserer Wahl sich würdig zeigen. Mit Wehmuth sehen wir, daß es dahin kommen mußte, wo Volk und Krone in Zwiespalt einander gegenüber stehn. — Sicher und ruhig fortzugehen auf dem betretenen Pfade; festzuhalten an den Rechten des Volkes und der Krone, dies sei, wie bisher, auch Eure fernere Aufgabe. Und bei würdiger Lösung dieser würdigen Aufgabe, werdet Ihr Unterstützung finden, überall in Deutschland's Gauen. — Auch wir bieten Euch die Bruderhand und sind bereit, mit Euch zu stehen und zu fallen. — Oppeln, den 13. November 1848. — Die Stadtverordneten."

*** Neisse, 14. Nov.** [Adresse. — Landwehr. Die Truppen erhalten Geldsendungen als Vorschüsse.] Der Abgeordnete Kutzen, obgleich er der Rechten angehört, hat sich brieflichem Vernehmen nach, in der National-Versammlung zu Berlin, nach zweitägiger Abwesenheit von den Sitzungen derselben wieder eingestellt und die Stadt Neisse auffordern lassen, zur Unterstützung der Nationalversammlung ihre Schuldigkeit zu thun. Auch unser andrer Abgeordnete in Berlin, der Pfarrer Jander, ist in der National-Versammlung anwesend gewesen. Gestern hat hier eine Versammlung des Magistrats, der Stadtverordneten und der Bürgerwehr-Führer stattgefunden. Folgende Adresse an die National-Versammlung ist in dieser Sitzung beschlossen worden:

Hohe National-Versammlung! Wie hoch und heilig wir die Rechte der Krone halten und auch stets wahren werden, ebenso hoch und heilig sind uns echt konstitutionell die Rechte des Volkes. Diese Rechte und Freiheiten des Volkes hat eine hohe Versammlung, fußend auf dem Boden des Gesetzes, mit so würdevoller Haltung und Mäßigung unter Sicherung der öffentlichen Ordnung gewahrt und vertheidigt, daß einer hohen Versammlung wir unsern Dank und unsere Anerkennung auszusprechen, nicht säumen können.

Neisse, den 13. November 1848.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten. Das Bürgerwehr-Kommando.

(Folgen die Unterschriften.)

Vormittags $11\frac{1}{2}$ Uhr. So eben ist hier auf Befehl des General-Kommandos des 6. Armee-Korps an den hiesigen Magistrat und die Ortsgerichte des Kreises eine Aufforderung ergangen, den Mannschaften des 1. und 2. Aufgebotes der Landwehr des Kreises mitzutheilen, daß alle diejenigen, welche freiwillig eintreten wollen, sich sofort bei dem Kommando des hiesigen Bataillons vom 23. Landwehrregiment zu melden haben, damit dieselben alsbald eingekleidet werden können. — Den Truppentheilen sind bedeutende Geldsendungen als Vorschüsse von königlichen Kassen zugekommen, wahrscheinlich, damit die letzteren nicht in die Hände des Volks gelangen, dann aber aus dem Grunde, damit die Truppen einen Vorschuß haben, um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein, namentlich wenn etwa die Steuern fernerhin nicht eingehen sollten und die königlichen Steuer-Kassen, so wie die Regierungshauptkassen nicht mehr im Stande wären, Zahlungen zu leisten. Diese Maßregel steht wahrscheinlich im nächsten Zusammenhange mit dem großen Geldtransporte, der vor wenig Tagen Magdeburg passirte, und findet diese bedeutende Geldsendung hierin ihre Erklärung.

*** Kosel, 14. Nov.** [Adresse.] Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung haben heut in öffentlicher Sitzung eine Petition an den König und eine Adresse an die National-Versammlung beschlossen. Letztere lassen wir folgen.

„Hohe National-Versammlung!

Die letzten Erlasse Sr. Majestät des Königs wegen Ernennung des neuen Ministeriums und wegen Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung haben auch die hiesigen Bürger auf das Schmerzlichste berührt, weil die neuen Räthe der Krone nicht solche Männer sind, welche das Vertrauen in der Majorität des Volkes genießen, was aber zum Gedeihen der konstitutionellen Freiheiten unerläßlich ist, und weil erkannt wird, daß der Krone zur Vertagung der Berathungen und Verlegung des Sitzes der Volksvertreter ohne deren Zustimmung kein Recht zusteht. Das Verfahren der hohen National-Versammlung zur Beseitigung der Durchführung der königl. Erlasse hat die vollste Zufriedenheit des Volkes erreicht und Alle mit großer Bewunderung über die würdige Haltung und Uebereinstimmung der hohen Versammlung in Wahrung der Interessen und Rechte des preußischen freien Volkes erfüllt. Es drängt uns, der hohen Nationalversammlung dafür den tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Der Ruf an die Nation hat auch uns verpflichtet, Sr. Majestät die Bitte vorzulegen, das jetzige Ministerium aufzulösen uud mit Männern des vollsten Vertrauens zu besetzen, aber auch die Protestation einer hohen Nationalversammlung gegen die angeordnete Vertagung und Verlegung für gerechtfertigt zu erkennen. Dies pflichtschuldigst anzuzeigen, haben wir uns beeilen wollen. Mit 2c.

Der Magistrat.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

*** Leobschütz, 13. November.** [Eine Katzenmusik.] Nachdem heute beide konstitutionelle Vereine eine Adresse an die Nationalversammlung zu Berlin abgeschickt hatten, worin man derselben für ihr energisches Auftreten dankt, langte heute in aller Stille unser fortgelaufener Abgeordneter Kruhl hier an. — Leider hat diese Ankunft zu einer Demonstration geführt, indem man Herrn Kruhl eine Katzenmusik brachte. Die Musikanten begaben sich nach Beendigung des Konzerts ruhig nach Hause, so daß glücklicherweise keine Exzesse vorfielen, gegen welche die Bürgerwehr hätte allarmirt werden müssen. Soviel steht fest, daß die Leobschützer darauf dringen werden, daß Herr Kruhl sein Mandat niederlegen muß, da wir sonst durchaus keine Ruhe zu erwarten haben.

*** Striegau, 14. Novbr.** [Adressen.] Der hiesige Magistrat und die Stadtverordneten haben heute nachstehende Adressen abgehen lassen:

Majestät!

Ergriffen von dem tiefsten Schmerze sieht die Bevölkerung der hiesigen Stadt die durch das Auseinandergehen zwischen Euer Majestät Regierung und der Nationalversammlung hervorgerufenen Gefahren sich um das geliebte Vaterland immer höher aufthürmen, aber immer noch vertrauen wir, daß die Rettung möglich, daß sie nahe ist. Ja wir vertrauen Euer Majestät landesväterlichem Herzen, welches sich seinem treuen Preußenvolke niemals abwenden und auch in dieser hartbedrängten Zeit dem Vaterlande den so nothwendigen Frieden erhalten wird, und gestützt auf dieses Vertrauen nahen wir uns Euer Majestät Namens der hiesigen Stadtgemeinde und bitten:

um die Berufung eines volksthümlichen Ministeriums, welches auf eine überwiegende Mehrheit in der Nationalversammlung zu rechnen hat, und um die Zurücknahme der die Versammlung vertagenden Botschaft,

denn nur dadurch kann die Gefahr beseitigt und dem Lande mit der heißersehnten Verfassung die verheißene Freiheit zugeführt werden.

Striegau, den 14. Novbr. 1848.

Magistrat und Stadtverordneten.

Hohe Versammlung!

Auch die Bevölkerung der hiesigen Stadt hat die von dem Ministerium Brandenburg angeordnete Vertagung und Verlegung des Sitzes der hohen Versammlung aus Berlin mit der größten Bestürzung vernommen, und allgemein den Wunsch laut werden lassen, den Vertretern des Landes für die so würdige und entschiedene Wahrung der Rechte des Volks den tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Nehmen Sie diesen Dank einer zwar kleinen aber an den verheißenen Freiheiten festhaltenden Stadt als das auf, was es sein soll, als das entschiedenste Anerkenntniß der bewährten Festigkeit, der hingebendsten Mäßigung, durch welche allein das unsäglichste Unheil von Berlin, vom ganzen Vaterlande abgewendet worden ist.

Striegau, den 14. Novbr. 1848.

Magistrat und Stadtverordneten.

**§ § Hirschberg, 14. November.** [Adressen.] Was man bisher für unmöglich gehalten hatte, eine Einigung aller Parteien im Volke, das ist durch die letzten Berliner Ereignisse hier eingetreten. Konstitutionelle und Demokraten, Stadtverordnete und Bürgerwehrmänner, — alles ein Herz und ein Sinn. Der demokratische Verein und die Urwähler von Hirschberg und Umgegend haben nachstehende Adresse an die preußische Nationalversammlung gerichtet:

„Hohe National-Versammlung!

Als im März die Völker Europas aufgestanden waren, glaubten sie im Siegesrausche, die Freiheit für immer errungen zu haben. Wie bitter sind sie getäuscht worden! Weil man die Wurzeln der Tyrannei gelassen, so sind die Errungenschaften der Völker aufs Neue ernstlich bedroht. Die Feinde derselben reichen sich über ganz Europa die Hände. Paris ist geknebelt, Wien ist gefallen, Polen und Italien sind in die alten Bande geschlagen. — Jetzt legt man die Hand an die preußische National-Versammlung und an den letzten Vorort der deutschen Freiheit — an Berlin. — Wir haben uns über die Haltung unserer Vertreter gefreut, und hoffen, sie werden, auf das politische Freiheitsbewußtsein eines großen Volkes sich stützend, jener volksfeindlichen Partei nicht nur keine Zugeständnisse machen, sondern im Gegentheil solche Beschlüsse fassen, durch welche das verbrecherische Treiben der Reaktion mit der Wurzel vertilgt werde; wir hoffen, sie werden, die unglückseligen Folgen der Halbheit und Zaghaftigkeit des Wiener Reichstages, welche der Stadt den Untergang gebracht, vor Augen habend, nicht durch bittende Deputationen ihre Wirksamkeit lähmen, und die Achtung, die man dem Volke schuldet, verkümmern. Eine Nation von 16 Millionen hat nicht zu bitten, sie hat nur zu wollen. Dem Spiele, das die Camarilla und ihr freiheitsfeindlicher, wohlstanduntergrabender Anhang mit dem Volke treibt, muß endlich eine Grenze gesetzt werden. Wir fordern daher von unsern Vertretern im Namen des Volkes, sie wollen, die Minister, welche den Angriff auf die Versammlung geführt, und die Abgeordneten der Rechten, welche in der Stunde der Gefahr ihren Platz verlassen haben, dem gesetzlichen Verfahren zu übergeben, ferner, falls die Regierung fortfährt, unsere wohlerworbenen Rechte zu verletzen, zu beschließen: die Steuerzah-

lung zu verweigern, bis sie die Errungenschaften des Volks in ihrer weitesten Bedeutung anerkennen wird. — Nur eine energische Haltung kann uns retten; und das Volk will sie. — Es lebe die wahre Freiheit! Es lebe die Nationalversammlung, die sie durch entschiedene Haltung uns sichert. — Hirschberg, den 13. November 1848."

Die von den hiesigen **Stadtverordneten** beschlossene **Adresse** an die Nationalversammlung lautet folgendermaßen:

„Um in der jetzigen Zeit eine hohe Nationalversammlung nicht darüber in Zweifel zu lassen, ob ihre Beschlüsse mit dem Willen und den Wünschen des Volkes Hand in Hand gehen, müssen die Vertreter der Stadt Hirschberg unter der vollsten Anerkennung der Wirksamkeit Einer hohen National-Versammlung es klar und unumwunden aussprechen:

daß hochdieselbe bei Fassung ihrer Beschlüsse in den letzten denkwürdigen Tagen sich in dem vollständigsten Rechte befunden hat und erwarten wir, daß sie auch ferner in Wahrung der heiligsten Interessen des Volkes unerschütterlich feststehen und jeden Angriff auf die Freiheit desselben, er komme, woher er wolle, mit Muth und Entschlossenheit zurückweisen werde."

Von dem hiesigen **konstitutionellen** Vereine ist gleichfalls eine Anerkennungs-Adresse an die hohe Nationalversammlung, wie auch eine solche an die Berliner Bürgerwehr abgegangen. — Oberstlieutenant v. **Hüllessen** hat heute sein Amt als Kommandeur der Bürgerwehr niedergelegt.

---

* **Wüstewaltersdorf**, 13. Novbr. [Adresse.] Die Ereignisse in Berlin haben den größten Theil der vereinigten Wüstewaltersdorf-Zedlitzheider **Bürgerwehr** veranlaßt, unter Vorsitz ihres Kommandeur-Stellvertreters nachstehende Adresse an die hohe National-Versammlung zu berathen und einstimmig zu beschließen;

„Die bewunderungswerthe Haltung und Würde einer hohen Nationalversammlung in so gefahrvollen Tagen hat den höchsten Dank und die größte Anerkennung des Landes verdient, den wir hiermit Alle aus der innersten Ueberzeugung aussprechen. Wir erklären, daß wir jede Vertagung und Verlegung unserer National-Versammlung als eine Verletzung der Rechte unseres Volkes, als einen Angriff auf unsere Freiheit betrachten, wogegen wir mit Entschiedenheit protestiren. Mit den Beschlüssen einer hohen Nationalversammlung erklären wir uns vollkommen einverstanden und treten derselben im vollkommensten Umfange bei. — (Folgen die Unterschriften.)"

---

* **Bunzlau**, 13. Novbr. [Der permanente Ausschuß der städtischen Ressource und der vereinigten Kreis-Rustikalvereine] hat folgende Adresse an die preußische National-Versammlung von hier erlassen:

Hohe National-Versammlung! Volle Anerkennung und Dank sagen auch wir Euch, den treuen Vertretern des Volkes, für Eure besonnene, ruhige und würdevolle Haltung in den jetzigen Zeiten der höchsten Gefahr. Wir erkennen Eure Handlungsweise als die allein gesetzmäßige an und bitten Euch dringend, auf der betretenen Bahn muthig und mit Ausdauer fortzuschreiten. Seid auch dafür unserer steten Dankbarkeit und, auf Euer Erfordern, unserer Hülfe durch die That versichert. Bunzlau, den 12. November 1848. Der Magistrat. Die Stadtverordneten. Die Bürgerwehr durch ihre Führer. Für die städtische Ressource (demokratisch-konstitutioneller Verein) der Vorstand und engere Ausschuß laut Beschluß vom heutigen Tage.

Eine gleiche Adresse wurde vom deutschen Volksverein zu **Naumburg** a. Q. und den Deputirten von 59 Dorfschaften des bunzlauer Kreises nach Berlin gesendet.

---

† **Bernstadt**, 13. Novbr. [Vergessen sei Keiner!] Wie der freie Mann zu sterben weiß, hat **Robert Blum** am 9. Novbr. auf der Brigittenau bei Wien bewiesen. Ob auch jetzt gerade für uns Preußen jeder Tag ein ernstes Blatt der Weltgeschichte ausfüllt, so wird in dem Drange großer Ereignisse doch sein Name, Thun und Tod unvergessen bleiben, und dies um so mehr, da auch sein Tod ein Ereigniß von wichtigen Folgerungen und Folgen sein wird.

Als 1825 der beredte, freisinnige, volksthümliche Deputirte, General **Foy**, arm starb, reklärte die französische Nation Foy's Waisen für Kinder Frankreichs. Durch freiwillige Beiträge bildete sich binnen 3 Monaten eine Aussteuer von mehr als 200,000 Rthl. für ihr Leben und ihre Zukunft. Das Volk vergaß seines Kämpfers nicht, und ehrte sein Andenken durch die That des Dankes an seinen Kindern.

Als **Hofer** 1810 in Mantua nach standrechtlichem Spruche erschossen worden war, ruhte gegen 20 Jahre seine Asche in fremder Erde; bis man in das Kabinet des Kaisers ein Billet übermittelte, des Inhalts: „Franz! Eine Schaufel Erde von Tyrol! Andreas Hofer." — worauf sein Staub dem Vaterlande, für das er gekämpft und geblutet, zurückgegeben wurde. Auch **Seiner** hatte das Volk nicht vergessen; denn das Volk schreibt die Weltgeschichte und die Namen seiner Kämpfer in das warme Herz.

**Robert Blum** hat durch sein Leben und zuletzt durch den Scheidegruß an Gattin und Kinder sich auch eine unauslöschliche Erinnerung geschrieben in viele hunderttausend deutsche Herzen. Er, der muthige, rastlose, geistvolle Kämpfer für Deutschlands Freiheit, ward durch den Fürsten Windischgrätz von einem Vorkämpfer der deutschen Freiheit zu einem Märtyrer derselben erhoben. Das geschah auf **deutschem** Boden, es geschah wider das **deutsche** Recht, es geschah mit dem **deutschen** Volksvertreter! Denn, obwohl **in Leipzig** gewählt, war Er doch **Dein** Vertreter, Du **ganzes** deutsches Volk!

Seine Wittwe und seine Kinder sind in der Lage der Kinder des französischen Deputirten Foy. Was wirst Du thun, Deutschland? Willst Du die Waisen Deines Vertreters Robert **Blum** zu Deinen Kindern machen, oder willst Du sie — Waisen lassen? — Was willst **Du** thun, Heldenstadt **Leipzig**? Wirst Du den Leib Deines hingeschlachteten Sohnes, dessen Leben zu retten Dir nicht vergönnt war, zurückfordern, um ihm sechs Fuß **seiner** Erde zu geben und darauf eine schwarz-roth-goldne Fahne zu pflanzen?

In der heutigen Sitzung des hiesigen Bürgervereins war der deutsche Kämpfer **Robert Blum** Gegenstand ehrender Anerkennung und wehmüthiger Erinnerung. Eine erste Sammlung für seine Familie, als Beitrag nicht zu einer **Unterstützung**, sondern zu einer **Aussteuer Deutschlands** an seine Kinder, wurde veranstaltet, und wird dem Stadtrath in Leipzig übersendet werden. Ihr Tausende deutscher Vereine, Städte und Dörfer! Ihr Millionen deutschfühlender Herzen! mehr, als der obigen Worte, bedarf es für Euch nicht!

Die geehrten **Zeitungs-Redaktionen** werden ersucht, diesen Aufruf durch Aufnahme in ihre Spalten im deutschen Vaterlande zu verbreiten!

---

* **Liegnitz**, 14. November. [Nidersetzung einer gemischten Kommission. — Militärisches.] Auf Veranlassung der hiesigen Bürgerwehr trat heute Vormittag um 11 Uhr der Magistrat, die Stadtverordneten und die Ihnen bereits gestern genannte Kommission der Bürgerwehr zu einer Berathung zusammen. Es drängte sich zunächst die Frage in den Vordergrund, **was wohl die Liegnitzer Bürgerwehr sich zu thun gedrungen fühlen müsse, wenn ihr von Seiten der Behörde die Waffen abgefordert werden sollten.** — Einen definitiven Entschluß in dieser Angelegenheit schon jetzt zu fassen, hielt man zwar für etwas Voreiliges, resp. Unzeitiges, da durchaus keine Gründe vorhanden seien, eine derartige Befürchtung zu rechtfertigen; allein man wollte doch auf das Mögliche gefaßt sein und eben darum für nothwendig finden, aus dem Magistrate, den Stadtverordneten und der Bürgerwehr einen Ausschuß zu bilden, welcher sich täglich zweimal nach Ankunft der Züge, Vormittags um 11 Uhr und Abends um 6 Uhr versammeln solle, um über die neuesten Ereignisse und Bestimmungen zu berathen und etwaige Beschlüsse zu fassen. Dieser sollte aus 12 Personen bestehen, und zwar sollen dazu Magistrat und Stadtverordnete 6 Personen liefern, die andern 6 Personen aber aus der Bürgerwehr gewählt werden. Heute Abend wird die erste Sitzung stattfinden. — Gegen Mittag bekamen die seit dem 30. v. M. hier und in der Umgegend einquartierten 2 Bataillone des 20. Infanterie-Regiments plötzlich Marschordre. Die betreffenden Mannschaften werden heute Abend auf der Eisenbahn abgehen und zunächst nach Frankfurt a. d. O. dirigirt werden. Man ist aber der Meinung, daß sie für einen Kampf, der möglicher Weise in Berlin stattfinden kann, bestimmt seien. Die Liegnitzer sehen diese Truppe nicht gern ziehen und würden viel lieber die Fünfer scheiden gesehen haben.

---

# Inserate.

Seit gestern Mittag bis heut Mittag sind an der Cholera nach amtlicher Meldung 5 Personen erkrankt, 1 genesen und keine gestorben.

Breslau, den 15. November 1848.

Königliches Polizei-Präsidium. Kuh.

---

## Oeffentliche Erklärung des demokratisch-konstitutionellen Klubbs zu Frankfurt a. d. O.

Das Ministerium Brandenburg, welches dem Geiste der konstitutionellen Verfassung zuwider gebildet ist, da es das Vertrauen des Landes nicht besitzt, hat es gewagt, den gesetzwidrigen Befehl, daß die preußische National-Versammlung vertagt, und ihr Sitz nach Brandenburg verlegt werden solle, mit Gewalt durchzusetzen und diejenigen Abgeordneten, welche ihrer Pflicht getreu geblieben waren, durch einen Mißbrauch der bewaffneten Macht aus dem Sitzungs-Lokal zu vertreiben. Wir können nicht zugeben, daß die National-Versammlung, vom Volke gewählt, um mit der Krone die künftige Verfassung zu vereinbaren, den Befehlen der Krone unterworfen sei. Sie steht völlig unabhängig neben ihr und kann daher ohne eigene Zustimmung weder verlegt noch vertagt werden. Darum nennen wir jenen Befehl einen gesetzwidrigen und halten ihn für nichtig. Wir müssen auch bezweifeln, daß ein Ministerium, welches solchen offenbaren Eingriff in die Rechte der Versammlung gemacht hat, dabei in der That nur von der Absicht geleitet war, die Freiheit derselben gegen äußere ungesetzliche Einflüsse zu schützen. Denn diese Freiheit, die mit uns alle wohlgesinnte Bürger des preußischen Staates dringend wünschen, würde die Versammlung nach den vorgefallenen beklagenswerthen Auftritten vor dem Sitzungslokal unfehlbar in kürzester Zeit durch Annahme des bereits zu diesem Behuf entworfenen Gesetzes sich selbst verschafft haben. Wir betrachten nach wie vor die Haupt- und Residenzstadt Berlin als den eigentlichen Sitz der National-Versammlung, protestiren gegen jede Beeinträchtigung der Freiheit ihrer Berathungen und halten es für die heilige Pflicht des preußischen Volks, ihn auf dem Wege des gesetzlichen Widerstandes gegen die Gewaltmaßregeln des Ministerii Folge zu leisten.

Frankfurt a. d. O., den 11. November 1848.

---

## An eine hohe National-Versammlung zu Berlin.

Wir erklären hierdurch aus unserer innigsten Ueberzeugung, daß wir es den bestehenden Gesetzen nicht gemäß halten, die zur Vereinbarung der Verfassung gewählte Volksvertretung **ohne deren Einwilligung** zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen, und sprechen der hohen National-Versammlung und deren Präsidenten für die in den jüngsten Tagen bewiesene muthvolle Besonnenheit unsere vollste Anerkennung und unseren wärmsten Dank aus.

Eine zu Prenzlau in der Uckermark am 12. November gehaltene Volksversammlung.

(Folgen 296 Unterschriften.)

---

**Einwohner Berlins!** Eure ruhige und besonnene Haltung während der letzten verhängnißvollen Tage hat unsere volle Anerkennung gefunden. Verharret in dieser selbstbewußten Mäßigung! Schließet Euch unsern in Eurer Mitte versammelten Vertretern an! Steht fest auf dem Boden des Gesetzes, um so in Vereigung mit Euren Brüdern in den Provinzen durch die moralische Macht des sich seiner Rechte bewußten Volkes den Sieg der gesetzlichen Freiheit zu sichern!

Prenzlau, den 12. November 1848.

So beschlossen durch eine in Prenzlau zusammengetretene Volksversammlung von mehren hundert Einwohnern der Uckermark.

---

**Abwehr.** Das Inserat aus Brieg in Nr. 266 dieser Zeitung, angeblich in wohlwollender Absicht geschrieben, fordert den Unterzeichneten, dem seit 16 Jahren die lateinischen, seit ½ Jahre auch die deutschen Stylübungen in Prima übertragen sind, zu einigen Worten der Entgegnung auf. Es kann das angegebene Faktum richtig sein, ohne daß es die insinuirten Folgerungen sind und ohne daß dem betreffenden Lehrer mit Recht ein Vorwurf zu machen sein dürfte. Practica est multiplex. Wir sehen aus den Programmen, daß, während auf dem einen Gymnasium nur 4 bis 6 lateinische oder deutsche Arbeiten im Schuljahre geliefert werden, auf andern bei der fünffachen Anzahl nicht mehr geleistet wird, als von dem erstern, also die Zahl der schriftlichen Arbeiten allein es nicht thut. — Die Uebungen in den Sprachen sind aber theils mündliche, theils schriftliche, und wenn der Lehrer in dem kürzeren Sommer-Semester, wo wegen Turnen, Baden rc. der Schüler ohnehin weniger an die Stube gefesselt werden kann, vorzugsweise die mündlichen, im Winter die schriftlichen Uebungen vorzunehmen genöthigt war, so hätte der Verfasser des Inserats nicht daraus schon ein Resultat ziehen, sondern sich vorher mit dem am Ende des Schuljahres gewonnenen Ergebnisse bekannt machen müssen. Denn daß bei Extemporalien, bei den Uebungen im Disponiren, beim Durchsprechen von Aufgabestoff und bei freien mündlichen Vorträgen „die Uebungen im Denken, die folgerichtige Erfassung einer Aufgabe, die Veredlung des Ausdrucks, die Rundung des Stils" ebenfalls gefördert werden und hier gefördert worden sind, scheint der Verfasser übersehen zu haben. Eben so hätte er leicht erfahren können, da es kundig genug war und durch vorliegende Zeugnisse zweier Aerzte bewahrheitet ist, daß ein schmerzhaftes, oft kaum erträgliches Leberleiden, welches meine ganze Sorge in Anspruch nahm, mich nicht blos an sitzender, sondern auch an stehender Arbeit, folglich auch an der des Korrigirens hinderte. Dies hatte den Plan zu der erwähnten Vertheilung des Lehrstoffes bei mir hervorgerufen, der jetzt, wo ich mich einiger Besserung erfreue, in seinem 2ten Theile verwirklicht werden sollte, — weßhalb bereits den Schülern die Beendigung der mündlichen freien Vorträge für die laufende Woche angekündigt worden war, — als die Fürsorge des Ungenannten die Aufmerksamkeit des Publikums dafür in Anspruch nahm.

**Kaiser**, Professor.

---

Zur Erklärung der gerügten Thatsache, insofern sie mir zur Last fallen soll, setze ich hinzu, daß, abgesehen von dem dem Lehrer gebührenden Vertrauen, die Revision der schriftlichen Arbeiten aller Klassen — bei der jetzigen Frequenz jedes Mal circa 1000 Nummern — bei der Masse der andern Direktorial-Geschäfte immer nur nach einem längern Zeitabschnitte vorgenommen werden kann, und daß die Arbeiten des Sommer-Semesters bereits unter dem 5. d. zur Kontrole eingefordert worden waren. — Der Wunsch des Einsenders würde also in Erfüllung gegangen sein, wenn er ihn auch nicht, zumal auf solchem Umwege, zu erkennen gegeben hätte, ja er würde überhaupt ohne den gewählten Weg der Oeffentlichkeit **sein Wohlwollen gegen unsere Schuljugend** auf eine unzweideutigere Weise an den Tag gelegt haben.

Dr. **Matthisson**,
Direktor des königl. Gymnasiums.

**Theater-Nachricht.**

Donnerstag, zum 2ten Male: **„Raphael Sanzio.“** Romantisches Drama in fünf Akten von Dr. Anton Wollheim. — Raphael Sanzio, Herr Baumeister; Barbara, Frln. Schmidt, als Gäste.

Freitag: **„Robert der Teufel.“** Große Oper mit Tanz in 5 Akten, Musik von Meyerbeer.

---

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Pflegetochter Alvine mit dem Rendanten bei der königlichen Mühlen-Administration Hrn. Robert Seidel zu Potsdam, zeigen wir Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung, ganz ergebenst an.

Altgabel, den 12. November 1848.

Fiedler und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Alvine Stumpff.
Robert Seidel.

---

Verbindungs-Anzeige.

Die am heutigen Tage vollzogene eheliche Verbindung ihrer Tochter Louise mit dem Landes-Aeltesten Herrn v. Wille auf Hochkirch bei Liegnitz, zeigen ergebenst an:

Karoline Krocker, geb. v. Cosel.
Krocker,
Major und Festungs-Inspekteur.

Magdeburg, den 14. November 1848.

---

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 12. d. M. auf dem Forsthause Kuhbrück gefeierte eheliche Verbindung, beehren wir uns, werthen Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen.

Breslau, den 15. November 1848.

Karl Werner, Organist u. Signator an der Hauptkirche St. Bernhardin.
Marie Werner, geb. Kammer.

---

Bei meinem Abgange von hier nach Posen sage ich allen meinen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.

Breslau, den 15. November 1848.

Dr. Moritz Goldstein.

---

# Im alten Theater.

Wegen Einrichtung zur Heizung des Theaters bleiben die Vorstellungen bis Freitag den 17ten geschlossen. **Schwiegerling.**

---

In meinem Verlage ist erschienen und in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

## Schlesisches Choralbuch

von

**Adolf Hesse,**

königl. preuß. Musikdirektor u. Ober-Organist. Vierte verbess. und verm. Auflage. 1ste Lief. Preis 15 Sgr.

Diese vierte gänzlich umgearbeitete und mit 8 Chorälen vermehrte Auflage des gediegenen Werkes unsers rühmlichst bekannten Komponisten Hesse (welche in 4 Lieferungen erscheint) wird dem tüchtigen Organisten als Leitfaden dienen, dem minder geübten ein vollständiges Handbuch für den gottesdienstlichen Gebrauch sein, dem Pianofortespieler Gelegenheit geben, Choräle in kirchlicher Weise auf seinem Instrumente anzuwenden, und somit zur häuslichen religiösen Erbauung beitragen und eine würdige, rein christliche Gottesverehrung befördern. Breslau, im November 1848.

**Friedrich Aderholz.**

---

**Bekanntmachung.**

Ueber den Nachlaß des am 14. Juni 1848 verstorbenen Ober-Landes-Gerichts-Rath Grafen Adolph Eduard von Posadowsky-Wehner ist der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Alle unbekannten Gläubiger desselben, so wie die ihrem Aufenthalte nach nicht bekannten Erb-Ober-Landbau-Direktor Graf von Schlabrendorfschen Erben werden daher vorgeladen, in termino **den 30sten Dezember d. J.** Vormittags 9 Uhr vor dem Deputirten Ober-Landes-Gerichts-Referendarius Pleßner auf dem hiesigen Ober-Landes-Gerichte persönlich oder durch hinreichend informirte und bevollmächtigte hiesige Justiz-Kommissarien, wozu die Justiz-Kommissarien Michaelis, Treutler, Raseno, Wunsch, Neumann, Ziekursch, Werner und Haack in Vorschlag gebracht werden, zu erscheinen, ihre Forderungen anzumelden und zu bescheinigen.

Die Ausbleibenden werden aller ihrer Vorrechte verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an das, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben möchte, verwiesen werden.

Glogau, den 6. September 1848.

Königliches Ober-Landes-Gericht. I. Senat.
v. Forckenbeck.

---

**Subhastations-Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Vorwerksstraße Nr. 12 und Brüdergasse Nr. 3 belegenen, dem Kaufmann Carl Eduard Jäckel gehörigen, auf 9019 Rthlr. 4 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den 21. December 1848 Vorm. 11 Uhr vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor Kiesling in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, 20. Mai 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

---

**Ediktalladung.**

Bei dem unterzeichneten königl. Appellationsgericht hat Christian Gottlieb Gärtner, Einwohner und Schneider zu Dittelsdorf, in dem königl. sächsischen Markgrafthum Oberlausitz, angebracht, daß seine Ehefrau Marie Dorothea, geb. Schubert, ihn gänzlich verlassen habe und mit der Versicherung, daß er seit eilf Jahren von ihrem Leben und Aufenthalte nicht das Geringste habe in Erfahrung bringen können, auf öffentliche Vorladung derselben und Trennung der mit ihr geschlossenen Ehe angetragen.

Nachdem nun hierauf

**der 6. Dezember d. J.**

zum Güte- und Rechtstermine anberaumt worden ist, so wird die verehelichte Gärtner hierdurch vorgeladen, gedachten Tages, Vormittags 10 Uhr, vor dem hiesigen königlichen Appellationsgerichte in Person zu erscheinen, sich daselbst mit ihrem ebenfalls vorgeladenen Ehemanne wo möglich zu versöhnen und die Ehe mit demselben gebührend fortzusetzen, bei fruchtloser Sühnepflegung aber auf die wider sie erhobene Desertionsklage, welche in der Kanzlei des königl. Appellationsgerichts hierselbst ihr auf Ansuchen vorgelegt und abschriftlich mitgetheilt werden wird, sich einzulassen und nach Befinden

**den 6. Januar 1849**

der Publikation eines Erkenntnisses gewärtig zu sein.

Budissin, am 8. Septbr. 1848.

Königl. sächsisches Appellationsgericht daselbst.
Klengel.
Schuster, S.

---

**Cigarren-Auktion.**

Fortsetzung den 17ten d. Mts., Nachm. 2 Uhr, in Nr. 42 Breitestraße.

**Mannig,** Aukt.-Kommiss.

---

Eine **Partie feine Lamas,** 10/4 breit und von reiner Wolle, die Elle für 20 Sgr., eine Partie feine Damentuche, die Elle für 20 Sgr., empfiehlt die Handlung:

Ring, Grüneröhrseite Nr. 39, im 1sten Stock.

---

Ein **Rittergut** mit 500 Morgen Areal und eins dergleichen mit 655 M., beide in Niederschlesien gelegen, sind für zeitgemäße Preise zu verkaufen; letzteres auch gegen eine Besitzung in Pommern oder Preußen zu vertauschen durch das

**Central-Adreß-Bureau zu Breslau.**

---

Eine noch sehr wenig benutzte, fast neue Kreis-Säge mit gußeisernem Gestell, ist für einen sehr soliden Preis zu verkaufen. Portofreie Anfragen werden unter der Chiffre R. Z. F., poste restante Kosel, erbeten.

---

# Verkaufs-Anzeige.

Meinen geehrten Freunden und Gönnern hierselbst und der Umgegend, zeige ich hierdurch an, daß ich so eben hier angelangt und binnen einigen Tagen mein Waarenlager auslegen werde. Während dieser Zeit ersuche ich, in Bezugnahme auf meine vorjährigen Anzeigen, diejenigen, welche im vorigen Jahre Brillen oder Gläser von mir erhalten, aber nicht vollständig befriedigt, oder eine Abänderung wünschen, sich bei mir in diesen Tagen einzufinden und werde ich mit Vergnügen allen Wünschen unentgeltlich nachkommen. **Meine Wohnung ist dieselbe wie im vorigen Jahre, Nikolai-Straße Nr. 7, Herren-Straßen-Ecke, eine Treppe hoch.** Eingang auf dem Hofe.

## D. Köhn,

Universitäts- und Hof-Optikus in Schwerin in Mecklenburg.

---

## Pommersches Gänsefett,

ganz rein und von vorzüglicher Güte offerirt;

**C. G. Ossig,**
Nikolai- und Herren-Straße-Ecke Nr. 7.

---

# Kieler Sprotten, Hamb. Speckbücklinge,

so wie neue

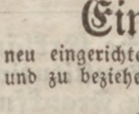
# Malaga Traubenrosinen und Schaal-Mandeln

empfiehlt in bester frischer Waare die Handlung

## G. Knaus und Comp.,

**Albrechtsstraße Nr. 58.**

---



Ein brauner gelbgebrannter, mit grauer Brust und zwei kahlen Flecken auf dem Rücken gezeichneter Jagdhund Perdri, ist den 11. d. Mts. verloren gegangen. Der Wiedererstatter erhält Reuschestraße Nr. 16 eine angemessene Belohnung. Vor seinem Ankauf wird gewarnt.

---

Eine Wohnung für einen oder zwei Herren ist zum 1. Januar k. J. Ohlauerstr. Nr. 21 zu vermiethen.

---

# Erstes Concert des Künstlervereins

Donnerstag den 16. Nov., Abends 7 Uhr, im Musiksaale der Universität.

1) Sinfonie, Gdur, von J. Haydn.
2) Violin-Concert, No. 18 Emoll, von Kreutzer, vorgetragen von Herrn Concertmeister Rudersdorf.
3) Sinfonie, No. 7 Adur, von L. v. Beethoven.

Das Abonnement für die angekündigten vier Concerte beträgt für die Person 2 Rthlr. Der Eintrittspreis bei einzelnen Concerten 1 Rthlr. In allen hiesigen Musikalienhandlungen sind Subscriptionslisten ausgelegt.

---

# Breslauer Reitbahn-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre der genannten Gesellschaft, werden zu einer General-Versammlung auf

**Montag den 4. Dezember d. J. Nachmittags 4 Uhr,**

im Lokal der Börsen-Versammlungen eingeladen, um sowohl über die Weiterverpachtung der Reitbahn zu berathen, als über einen die gegenwärtige Pacht mögliche Dividendenvertheilung betreffenden Vertrag zu beschließen.

Nichterschienene oder gehörig Vertretene sind an die Beschlüsse der Anwesenden gebunden.

Breslau, den 13. November 1848. **Das Direktorium.**

---

# Eine Branntwein-Blase mit Schlange,

in gutem Zustande, von 800 bis 1000 Quart Inhalt, wird zu kaufen gesucht, und darüber Auskunft ertheilt bei **Friedrich Frank,** Schweidnitzer-Straße Nr. 28.

---

# Harfen-Konzert,

ausgeführt von 3 Harfenistinnen, findet heute im baierschen Bierkeller zu den 4 Löwen, Schmiedebrücke Nr. 17, statt, wozu ergebenst einladet: **E. Zippel.**

---

# Die Dampf-Dauermehl-Mühle,

**in der Odervorstadt,** hält zur Bequemlichkeit des Publikums daselbst stets ein Lager ihrer Fabrikate in bereits bekannter Güte **zu Fabrikpreisen,** von 1/8 Centner aufwärts, so wie **in der Stadt, Kupferschmiede-Straße Nr. 36.**

---

Heute den 16. November

## Konzert der Theaterkapelle

**im Café restaurant.**

Zur Aufführung kommt unter Anderem:
1. Sinfonie von Kalliwoda (F-moll).
Anfang 6½ Uhr.

---




In Folge mehrseitiger schriftlicher und mündlicher Anforderungen sind die englischen **galvano-elektrischen Ketten** à 1 Rtl. und 1½ Rtl. wieder zu haben bei:

## Eduard Groß,

am Neumarkt Nr. 42.

---

## Gründlicher Unterricht

in der deutschen Grammatik und Stilübung wird billig ertheilt. Nähere Auskunft in der Pensions-Anstalt der Frau Dr. **Richter,** in der neuen Gasse Nr. 19, eine Stiege.

---

Ein unverheiratheter, der Baumzucht vollkommen kundiger Gärtner kann bei dem Dominium Dürrjentsch bei Breslau Anstellung finden.

---

Zu einem Spezereigeschäft in sehr lebhafter Straße wird ein Theilnehmer mit 200 Rthlr. Einlagekapital gesucht. Erkundigungs-Büreau, Bischofsstr. 10.

---

## Zündhütchen

zu Musketen und Büchsen, Pulverhörner und Maße, Kugelformen, Blei und Bleikellen empfehlen: **Herz und Ehrlich,**
Reusche-Straße Nr. 2 im Schwert, neben den 3 Mohren.

---

## Eine Bäckerei,

neu eingerichtet, ist baldigst zu vermiethen und zu beziehen. Näheres bei

**v. Schwellengrebel,**
am Ohlauer-Stadtgraben Nr. 19.

---

Ein sehr gut gehaltener Kirschbaum-Flügel steht billig zu verkaufen: Neuegasse Nr. 19, dritte Etage.

---

Zu vermiethen und bald zu beziehen sind Tauenzienstraße Nr. 17, 1 Treppe hoch, zwei gut möblirte Zimmer.

---

Wer eine möblirte Stube nebst Alkove zum 1. Decbr. d. zu vermiethen hat, wolle seine Offerte Reuschestr. Nr. 26 in der Liqueur-Fabrik schriftlich abgeben.

---

Zu vermiethen und sofort zu beziehen für einen einzelnen Herrn ist Reuschestr. Nr. 51, vorn heraus, in der 2ten Etage, eine elegante Stube.

---

Erste Etage, 4 Zimmer, auf der Herrenstr. Nr. 14, ist von Ostern an zum Preise von 125 Rthlr. zu vermiethen. Das Quartier wird seit 12½ Jahren schon vom Miether benutzt, und giebt derselbe so wie der Hauseigenthümer Auskunft.

---

**Vermiethungs-Anzeige.**

Ohlauerstraße Nr. 58 (goldene Krone) ist die Hälfte der 1sten Etage sofort und die Hälfte der 3ten Etage von Weihnachten d. J. ab zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere beim Kommissionsrath

**Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

---

**Zu vermiethen**

sind große und mittlere Quartiere in dem Hause Schmiedebrücke und Ursulinerstraßen-Ecke Nr. 5 und 6.

---

**Hôtel garni in Breslau.**

Albrechtsstraße Nr. 39, 1. Etage, der königl. Bank gegenüber, sind fortwährend elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung billig zu vermiethen; auch ist Stallung und Wagenplatz daselbst. **R. Schultze.**

---

**Hôtel garni in Breslau.**

Albrechtsstraße Nr. 33, 1. Etage, bei **König,** sind elegant möblirte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermiethen.
P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

---

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Eisenbahn-Commissar. v. Düring a. Oppeln. Baronin v. Eckartstein a. Falkenhagen. Fabrikant Reichenheim a. Wüstegiersdorf. Kaufm. Flurig a. Hamburg. Kaufm. Schär a. Ratibor kommend. Majoratsherr Graf Skaly a. Slubowo. Oberst Baron v. Lade-Edlingen a. Karlsruh.

---

**Breslauer Getreide-Preise**

am 15. November.

| Sorte: | beste | | mittle | | geringste | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 59 | Sg. | 54 | Sg. | 47 | Sg. |
| Weizen, gelber | 57 | „ | 52 | „ | 45 | „ |
| Roggen...... | 32½ | „ | 30 | „ | 27 | „ |
| Gerste....... | 25 | „ | 23 | „ | 20 | „ |
| Hafer....... | 16 | „ | 15 | „ | 14 | „ |

---

**Breslau, den 15. November.**

**(Amtliches Cours-Blatt.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113⅓ Gld. Louisd'or 113 Gld. Polnisches Courant 94 Br. Oesterreichische Banknoten 94 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½ % 74 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 95 Br., neue 3½ % 77¾ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½ % 89¼ Br., Litt. B 4% 91¼ Br., 3½ % 81½ Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte 89½ Gld., neue 89½ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 85¾ Br. Oberschlesische 3½ % Litt. A 88¼ Br., Litt. B 88¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 67 Br. Neisse-Brieger 37 Gld. Köln-Mindener 3½ % 73½ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.